

# NETZ-Info

2019/2



„Global denken –  
lokal handeln“

Ökumenisches Netz Bayern  
für Gerechtigkeit, Frieden  
und Bewahrung der Schöpfung

<b>INHALT</b>	Seite	UN-Flüchtlingsbericht	17
Infobrief	3	Flüchtlingspolitik?	18
Suche nach Frieden	3	Alternative Suchmaschine	20
Lobbyismus überwinden	5	Sozialpakt	20
Revolution verraten	7	Europatag: Soziale Rechte	21
<b>Frieden</b>		<b>Schöpfung</b>	
Christus ist unser Friede	9	Agrarwirtschaft – ein Irrweg	21
Plädoyer chrstl. Friedensarbeit	10	Persönliche Zwischenfrage	29
Brief an die Kinder	11	<b>Ökumene</b>	
Rettet Friedensprojekt Europa	12	Reaktion auf Antisemitismus-	
Friedensinstitut gegründet	13	Vorwürfe	31
Keine neuen Atomwaffen	14	Ehrungen, Stellungnahmen	32
<b>Gerechtigkeit</b>		<b>Buchempfehlungen</b>	34
Armutsbetroffene berichten	15	<b>Aus unserem Verein</b>	34
Aberkennung von Gemeinnützigkeit	16	Letzte Seite	35

### **TRÄGERVEREIN ÖKUMENISCHES NETZ BAYERN e.V.**

Vorsitzende: Michael Kappus und Sybille Ott

Buchungsstelle: Christiane Hohenstein-Zechbauer (Schatzmeisterin),

Homepage: [www.oekumenisches-netz-bayern.de](http://www.oekumenisches-netz-bayern.de) oder kurz: [www.oenb.de](http://www.oenb.de)

Bankverbindung: LIGA Bank eG Regensburg, IBAN: DE21 7509 0300 0001 3109 92 oder

Evangelische Bank Kassel, IBAN: DE14 5206 0410 0003 5025 20

### **Ständiger Ausschuss (STAU)** (Veröffentlichung der Namensliste genehmigt)

Bleher, Martin	Düsseldorfer Str. 13, 80804 München E-Mail: <a href="mailto:Martin.Bleher@t-online.de">Martin.Bleher@t-online.de</a>
Caesperlein, Dr. Adolf,	Bäumlrstr. 51, 82178 Puchheim, E-Mail: <a href="mailto:adolf.caesperlein@chmela.de">adolf.caesperlein@chmela.de</a>
Garten, Regina	Ödenberger Str. 154, 90491 Nürnberg, 0911/593361, Email <a href="mailto:queensgarden@t-online.de">queensgarden@t-online.de</a>
Gollwitzer, Elisabeth	Zum Stiegelfeld 1, Nürnberg, E-Mail: <a href="mailto:elisabeth-gollwitzer@web.de">elisabeth-gollwitzer@web.de</a>
Hennig, Dr. Rainer	Gartenstr. 13, 95119 Naila, 09282/9849690; E-Mail <a href="mailto:rainer-hennig@t-online.de">rainer-hennig@t-online.de</a>
Kappus, Michael	Tölzerstr. 7, 81379 München, 089/7232742 <a href="mailto:kappusm@aol.com">kappusm@aol.com</a>
Noggler, Dr. Othmar	Kapuzinerstr. 34, 80469 München, 0151/28593558, E-Mail: <a href="mailto:onoggler@gmx.de">onoggler@gmx.de</a>
Olberz, Marlies	Franz-Stenzer-Str, 4, 81245 München, E-Mail: <a href="mailto:mmolberz@web.de">mmolberz@web.de</a>
Ott, Sybille	kda, Schwanthalerstr. 91, 80336 München, 089/53073734, E-Mail: <a href="mailto:ott.sybille@kda-bayern.de">ott.sybille@kda-bayern.de</a>
Schmid, Hans-Jörg	Unter dem Lehenhof 28, 91413 Neustadt, 09161/307451, E-Mail: <a href="mailto:b-hj.schmid@web.de">b-hj.schmid@web.de</a>
Schneeweiß, Gudrun	Untere Dorfstraße 36 c, 82269 Geltendorf, 08193/999911 E-Mail: <a href="mailto:gudrun@schneeweiss-net.de">gudrun@schneeweiss-net.de</a>
Stahl, Sepp	Sonnenstraße 18, 93356 Teugn, 09405/2677 E-Mail: <a href="mailto:josef.stahl@web.de">josef.stahl@web.de</a>
v. Sayn-Wittgenstein, Christian-Ludwig,	Rothschwaiger Str. 39, 82256 Fürstenfeldbruck 0175 6633373, E-Mail: <a href="mailto:christian-sayn.2010@googlemail.com">christian-sayn.2010@googlemail.com</a>
Willberg, Hans Harald	Mühlbachweg 13, 90559 Burgthann, 09183/950039, <a href="mailto:haha.willberg@t-online.de">haha.willberg@t-online.de</a>

## **IMPRESSUM:**

Das NETZ-Info ist ein Informationsdienst für Mitglieder, Aktive, Freunde und Interessierte des Ökumenischen Netzes Bayern (ÖNB). Es erscheint mehrmals im Jahr.

Redaktion: Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg

Herausgeber: Ökumenisches Netz Bayern, c/o H. H. Willberg, Mühlbachweg 13, 90559

Burgthann; Druck: Scharf – Druck und mehr, Burgthann; Versand: H. H. Willberg, Email:

[haha.willberg@t-online.de](mailto:haha.willberg@t-online.de)

Adressänderungen bitte an **Christiane Hohenstein-Zechbauer**, [czechbauer@web.de](mailto:czechbauer@web.de),

**Tel: 08821-2998**

## **Infobrief**

Liebe Leserin, lieber Leser,  
die Wahl zum Europäischen Parlament ist also gelaufen. In manchen Kommentaren dazu ist zu lesen, die gestiegene Wählerzahl sei ein Anzeichen für ein gewachsenes Bewusstsein für die Wichtigkeit Europas. Und in der Tat: Siebzig Jahre in Frieden und Wohlstand, jedenfalls hierzulande – wir Alten wissen ja noch, wie anders die Zeiten gewesen sind, als wir Kinder waren, als die Bomben fielen und unsere Väter, wenn überhaupt, als Krüppel wiederkamen. 70 Jahre Frieden und Wohlstand. Europa ist es wert!

Es ist aber unruhig geworden um Europa. Nicht nur die englische Trauerkomödie um den Brexit, auch die Polemik gegen die EU in vielen rechtsextremen Gruppen, die Parteien, die die EU zerstören wollen, der neu aufbrandende Nationalismus zeigen: Europa verliert an Attraktivität. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Aufrufe zum Einsatz für Frieden sich häufen. Einige haben wir aufnehmen können in dieses Heft. Die betreffen auch den schrecklichen „Krieg auf dem Mittelmeer“. Bischof Bedford-Strohm nennt ihn eine Schande! Zu wie vielen Toten hat die fehlende Solidarität bei der Aufnahme der Flüchtlinge zwischen den Ländern Europas und die Behinderung der Seenotrettung schon ge-

führt?! Ja, eine Schande! Und schließlich: Die Freitags-Demonstrationen der Schüler und Studenten machen unüberhörbar deutlich, wie dringend nötig der Kampf gegen den Klimawandel ist. Auch dazu finden sich Texte in diesem Heft, ganz besonders der große Artikel von Sepp Stahl über die Entwicklung der Landwirtschaft – ein Irrweg!

Zu Beginn können Sie einen wichtigen Beitrag zum Lobbyismus-Studententag lesen, den das ÖNB in München durchgeführt hat. Er spricht Grundlagen dessen an, was den Konziliaren Prozess ausmacht. Und zum Jubiläum des Grundgesetzes drucken wir ein Gespräch mit einem der Kritiker der DDR ab, das zum Nachdenken anregt.

Wenn Sie Kritik oder Zustimmung haben, oder wenn Sie selbst einen Beitrag zu einem nächsten Infoheft schreiben wollen, dann teilen Sie uns das doch mit. Wir freuen uns.

Und wir grüßen Sie – Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl und Hans Harald Willberg

## **Suche nach Frieden**

### **Andacht im Ständigen Ausschuss**

Syrien – Afghanistan – Jemen – Südsudan

Vier Länder. Vier Länder, in denen Krieg herrscht. Seit vielen Jahren. Wer den Krieg sucht, wird schnell fündig. Zu allen Zeiten – auch heute noch. Krieg spielen ist einfach. Kinder spielen gerne Krieg. Notfalls reicht ein Stock, um ein Gewehr zu imitieren. Wie aber spielt man Frieden?

Wir singen: Wo Menschen sich vergessen

Den Hass überwinden. Immer wieder war das möglich. Vor gut 70 Jahren ging mit dem 2. Weltkrieg die Jahrhunderte lange Gewaltspirale zu Ende. Der Hass der beiden Völker aufeinander konnte überwunden werden. Zum Beispiel durch die vielen Begegnungen von deutschen SchülerInnen mit französischen Gastfamilien ... Durch Begegnungen z.B. im Rahmen der lutherischen Begegnung von Gemeinden aus München und Paris. Ich selbst erlebte vor etwa 40 Jahren so eine Begegnung. Mit einer ökumenischen Gruppe aus meinem Heimatort fuhr ich nach Taizé. Ich begegnete – zum ersten Mal - jungen Christen aus ganz Europa, Mir fiel auf, dass meine Fragen an das Leben auch in vielen anderen Ländern gestellt wurden. Diese Begegnung hat mich geprägt, bis heute.

Suche den Frieden. Die diesjährige Jahreslosung regt an. Ich lese aus Psalm 34: „Ich will den HERRN loben allezeit; sein Lob soll immerdar in meinem Munde sein. Meine Seele soll sich rühmen des HERRN, dass es die Elenden hören und sich freuen. Preiset mit mir den HERRN und lasst uns miteinander seinen Namen erhöhen! Schmecket und sehet, wie freundlich der HERR ist. Wohl dem, der auf ihn trauet!“

„Kommt her, ihr Kinder, höret mir zu! Ich will euch die Furcht des HERRN lehren. Behüte deine Zunge vor Bösem und deine Lippen, dass sie nicht Trug reden. Lass ab vom Bösen und tue Gutes; suche Frieden und jage ihm nach!“

Schon der Psalmbeter bringt diese Aspekte zusammen. Das Lob Gottes und die Bitte um den Frieden. Diese Zusammenschau ist uns vertraut. Nach der Weihnachtserzählung des Lukas verbinden schon die Engel das Ehre sei Gott in der Höhe mit dem Frieden auf Erden. Fast in jedem Gottesdienst singen wir das „Allein Gott in der Höh sei Ehr“ – mit dem „nun ist groß Fried ohn' Unterlass – all Fehd hat nun ein Ende“.

Suche den Frieden!

Vielleicht kann unsere Jahreslosung eine Anregung sein, noch mehr, noch nachhaltiger vom Frieden zu singen. Das muss nicht platt sein, das muss nicht nach „Friede, Freude, Eierkuchen“ klingen. Das Friedenslied kann auch klagen und anklagen.

In den 1980iger Jahren habe ich ein aus Polen stammendes Klagelied gelernt: Unfriede herrscht auf der Erde – Kriege und Streit unter den Völkern – und Unterdrückung und Fesseln zwingen so viele zum Schweigen.

Friede soll mit euch sein, Friede für alle Zeit. Nicht so, wie ihn die Welt euch gibt, Gott selber wird es sein.

Was wir singen, prägt unseren Glauben. Deshalb glaube ich, dass wir Friedenslieder brauchen. Das dürfen auch Lieder sein, die strukturelle Gewalt aufdecken und anklagen. Aber auch Frieden, in denen wir uns selbst auffordern, Frieden zu stiften. Lasst das Böse, tut das Gute, suche den Frieden.

Selig sind, die Frieden stiften. Das könnte heute auch heißen: Wir wollen die Gewaltstrukturen unserer Welt hinterfragen. Wir wollen hinterfragen, wo wir auf Kosten anderer Menschen leben. Wo wir Unrecht beim Namen nennen wollen und müssen. Wir können uns aber auch inspirieren lassen. Zum Beispiel durch erfolgreiche gewaltfreie Aktionen:

**1915-18 England:** Britische Deserteure im Ersten Weltkrieg trotzen standhaft der Lebensgefahr und erkämpfen sich so das „Recht nicht zu töten“. Die Zahl der Hinrichtungen britischer Deserteure ist mit 269 die höchste – die Todesgefahr war groß

**1944 Guatemala:** Mit friedlichen Demonstrationen von Student/innen und Streiks, die die Hauptstadt lahmlegen und der Polizeigewalt trotzen, wird der General Ubico gestürzt.

**1955 Workuta, UDSSR:** Ungefähr 250 000 politische Gefangene werden in Lagern gehalten und gezwungen, unter schrecklichen Bedingungen in Kohle-Bergwerken zu arbeiten. Die Gefangenen streiken und bleiben trotz blutiger Vergeltungsmaßnahmen standhaft, bis die Haftbedingungen verbessert werden.

**1969 Ahmedabad, Indien:** Die Shanti Sena-Friedensbrigaden stellen sich zwischen aufständische Muslime und Hindus und erreichen Frieden nach vier Monaten geduldiger Friedensarbeit

**1970 – 1981 Larzac Hochebene, Frankreich:** Demonstrationen, bei denen Schaffherden nach Paris unter den Eiffelturm getrieben werden, zwingen die Regierung dazu, die Pläne für einen Truppenübungsplatz auf Weideland zurückzunehmen.

**1988-91 Baltische Republiken:** Menschen aus Litauen, Lettland und Estland organisieren eine 600 km lange Menschenkette, die die drei Hauptstädte verbindet. Als Litauen seine Unabhängigkeit erklärt, nehmen pro-sowjetische Panzer Aufstellung, aber die Menschen

bleiben standhaft und greifen nicht zu Gewalt. Die Truppen ziehen sich schließlich zurück. In Estland und Riga sammeln sich große Menschenmassen und singen traditionelle Volkslieder, die in der Sowjetunion verboten waren – bekannt als die „singende Revolution“. Alle drei Staaten erreichen ihre Unabhängigkeit ohne Gewalt.

Martin Bleher

*In dem Studententag am 6. April 2019 zum Thema Lobbyismus hat ein Politischer Abendgottesdienst stattgefunden. Die Ansprache hielt unser Mitglied Dr. Othmar Noggler. Seine Predigt enthält zahlreiche grundlegende Aspekte. Wir danken Othmar, dass er sie uns zur Verfügung gestellt hat.*

## **Lobbyismus überwinden**

Für manche mag ein „politischer Gottesdienst“, sei es am Abend oder am Morgen, als Widerspruch in sich erscheinen. Greifen wir aber auf die ursprüngliche, griechische Herkunft zurück: auf Polis: Stadt, Gemeinwesen und das Adjektiv: politisch (politikós), dann mag es einleuchten, dass es angesichts eines grassierenden Lobbyismus durchaus angebracht sein kann, diese alarmierende Erscheinung zu dem in Beziehung zu setzen, was wir als Christen für unsere Mitverantwortung für unsere Gesellschaft halten und auch umzusetzen versuchen müssen nach dem Motto: „Suchet der Stadt Bestes“ (Jer. 19,7).

Die Vorstellung des Studententages in der Einladung lässt erschreckt aufhorchen. Da ist die Rede von Personen und ganzen Organisationen, „die Agrarwirtschaft, Rüstungsindustrie, Energieversorgung, Daseinsvorsorge und Finanzwesen“ beherrschen und darüber hinaus Universitäten, wissenschaftliche Institute, Medien und Verbände für die Bereitstellung der dazu notwendigen „wissenschaftlichen Begründungen“ zu gewinnen suchen. Das ganze Ausmaß der Gefährdung für unsere Gesellschaft ist zugespitzt in den beiden Stichworten: Demo-kratie und Lobby-kratie ausgedrückt. Bestimmt da noch der Souverän, das Volk über das Wohl unserer Gesellschaft oder tun das inzwischen unter Umständen vom Volkswillen und Volkswohl abgekoppelte Interessengruppen?

Lobbyismus deutet wie die Endsilbe „-ismus“ in vielen Fällen auf eine Verengung eines ursprünglich keineswegs negativ verstandenen Wortes, Begriffes oder einer Haltung hin. So wird aus dem Beiwort konservativ, ursprünglich „bewahren“ mit Konservatismus eine negativ verstandene

Haltung beschrieben. Fundamental, etwas, das dem Ganzen geistig wie materiell Halt gibt, wird als Fundamentalismus geradezu selbstzerstörerisch. Aus dem Beiwort „national“ wird die brandgefährliche Geisteshaltung des Nationalismus, in dem das jus soli abgelehnt wird, also das Recht, den Flecken Erde als seine Heimat zu verstehen, auf dem man geboren wurde; ein Recht, das ursprünglicher ist als das des Staates. An die Stelle dieses Rechtes tritt im Nationalsozialismus das jus sanguinis, das schließlich zur Ausgrenzung kultur- wie ortsfremder bis zur Ausmerzung sog. blutsfremder Menschen führt.

Lobbyismus als Fachausdruck für eigennützige Einflussnahme gegen faire Interessenvertretung.

Ähnlich ist es mit dem Begriff Lobbyismus. Ein Blick in ein besseres Englischlexikon führt da folgende Bedeutungen an: Vorhalle, Wandelgang, was an die antiken Peripathetiker erinnert und dann: Interessenvertretung. Abgeordnetenwatch.de vom 17. 01, 2019 formuliert: „Schluss mit geheimem Lobbyismus“ und behauptet: „Hunderte von Lobbyisten gelangen ungehindert in den Bundestag.“ Offensichtlich geht es dabei um unkontrollierte Kontaktaufnahme und damit ebensolche Einflussnahme und kaum um notwendige Fachberatung und Interessenvertretung. Wie notwendig Fachberatung ist oder wäre, zeigt das Problem der Pflegekräfte in unserem Land. Oft liegt der Verdacht nahe, es ist die Fachberatung, die, etwa – mit einem weiteren Beispiel – für die Rüstungsindustrie die notwendige Argumentation mündgerecht, medienwirksam und im Interesse außerparlamentarischer Auftraggeber für

politisch Verantwortliche auf- und zubereitet.

Die Lieferung von Panzern in Krisengebiete mag zwar nicht gestattet sein, würde im Falle eines tatsächlichen Verbotes aber das große Geschäft mit halbautomatischen Waffen nicht schmälern. Dank der Entwicklung leichter, rückstoßfreier Waffen können auch Zwölfjährige als Kindersoldaten missbraucht werden.

### **Das Ökumenische Netz in der Rolle der Anwaltschaft**

Die Erkenntnis, zugleich die wiederholte Mahnung aus unseren Reihen, es bei unserer Arbeit nicht bei Beschreibungen, Analysen und Klagen zu belassen, erfordert von uns – im Rahmen unserer bescheidenen Mittel und Fähigkeiten – vor allem durch die Vernetzung mit Gleichgesinnten, tätig zu werden und zwar unter der geistig und geistlichen Vorgabe des Konziliaren Prozesses mit den Grundpfeilern jeglicher Gemeinschaft: Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Manche mögen das als Anmaßung verstehen, aber wir vom Ökumenischen Netz verstehen uns als Interessenvertretung, durchaus als Lobby, nicht im Geheimen, sondern mit dem offenen Ziel der Umsetzung der genannten Trias: Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung.

Als Ökumenisches Netz wollen wir zunächst auf die Geschwister im Glauben, also auf Christenmenschen und ihre verfassten Kirchen einwirken. Dabei sind uns selbstverständlich alle Menschen willkommen, die mit uns die Werte der genannten Trias aus ihrer Sicht erkennen und für sie eintreten wollen.

Lobbyisten sind keine Unmenschen und sind deshalb auch mit dem entsprechenden Respekt zu behandeln; sie haben mit Fachwissen und durchaus als Vertreter legitimer Interessen eine wichtige Aufgabe in der Demokratie. Weil es sich auch um die Einflussnahme für fragwürdige Interessen handeln kann, schädigt Geheimhaltung und Heimlichtuerei – scheint manchmal nach jüngster Begrifflichkeit – die Verbreitung von Fake-News – im Interesse des Auftragsgebers unumgänglich. Das hat alles mit Lobbyismus zu tun, den wir als schädlich, oft auch als schändlich ansehen.

### **Unser Werben für Propheten**

Menschen, die ebenfalls unter diese Berufsgruppe fallen, die nach ihrem Wissen und Verständnis zum Wohl des Landes

den Volksvertretern, weiblich oder männlich, mit Rat und Tat zur Seite stehen: Ihnen gilt unser Werben aus der Überzeugung, dass der Ansatz im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung für alle und langfristig der Weg zu einer besseren Welt ist. Schließlich stünden sie in einer Linie mit den besten im jüdischen Volk, die wir Propheten nennen und nicht wenigen, die bis herein in unsere Tage ihren Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden, neuerdings auch für den Schutz der Mutter Erde, mit dem Leben bezahlt haben.

### **Vernetzung mit Gleichgesinnten**

Im Sinne unserer Arbeit unterstützten wir etwa auch den Vorsitzenden der Projektgruppe: Münchener Sicherheitskonferenz verändern e. V. beim Attac-Palaver: „Verantwortung durch zivile Konfliktlösungen – auch auf der Sicherheitskonferenz?“ vom 28. 01. 2019, EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80, 80336 München.

Die Suche nach zivilen Konfliktlösungen wird zur Anwaltsarbeit für die Opfer der Gegenwart, die immer noch keine schlagkräftige Lobby haben. Wirtschaftliche Interessen und vermeintliche Zwänge, um nur den heimischen Arbeitsmarkt zu bedienen, greifen zu kurz, nehmen wir Ausbeutung und Elend von Millionen einfach hin, ächten nicht einmal mit Worten Ungerechtigkeit und notorische Straflosigkeit die ihrerseits Gewalt und Gegengewalt hervorrufen. Die Interessen der Industriestaaten an Rohstoffen und die Privatinteressen korrupter Machthaber vor Ort schaffen ein vergiftetes Klima, in dem Frieden nicht gedeihen kann. Hier sind alle gefragt, denen Gerechtigkeit zwischen den Völkern und in den Völkern ein Anliegen ist.

Die EKD-Synode ist auf der Suche danach, wie es gelingen kann, „Kirche des gerechten Friedens zu werden“, will Orientierungswissen zum gerechten Frieden anbieten (Pressemitteilung der evangelischen Friedensarbeit zur Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD, 23. 01. 2019). Unser Beitrag will an der Basis die Trias, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – in dieser Reihenfolge – verfolgen. Dass dies eine Frucht aus der Mitte christlichen Denkens ist, dürfte weit hin unbestritten sein.

### **Welche Strategie?**

Wenn wir nach einer Strategie Ausschau halten, die dem Evangelium entspricht, die

wenigstens indirekt einen Hinweis geben könnte, wie unser Ziel erreicht werden kann, geben uns in etwa die beiden Gleichnisse im Lukasevangelium eine Antwort, wenn sich diese auch zunächst auf das Bitten und Beten beziehen. Das eine, vom ungerechten Richter, zielt auf die Hartnäckigkeit ab, mit der ein –vorenthaltenes Recht – dennoch mit Ausdauer und Druck erreicht werden kann. Es heißt da: In einer Stadt lebte ein Richter, der Gott nicht fürchtete und auf keinen Menschen Rücksicht nahm. In der gleichen Stadt lebte auch eine Witwe, die immer wieder zu ihm kam und sagte: ‚Verschaff mir Recht gegen meinen Feind! Lange wollte er nichts davon wissen. Dann aber sagte er sich: Ich fürchte Gott nicht und nehme auch auf keinen Menschen Rücksicht; trotzdem will ich dieser Witwe zu ihrem Recht verhelfen, denn sie lässt mich nicht in Ruhe. Sonst kommt sie am Ende noch und schlägt mich ins Gesicht‘“ (Lk 18, 2-8). Das andere, eigentlich das erste Gleichnis dieser Art, kann deutlich machen: Freund-

schaft mag nicht ausreichen, um einen wichtigen Wunsch zu erfüllen, es sind letztlich Eindringlichkeit und Ausdauer, mit denen schließlich einer – wenn auch nur aus momentaner Verlegenheit – abgeholfen wird „Wenn einer einen Freund hat und um Mitternacht zu ihm geht und sagt: ‚Freund, leih mir drei Brote, denn einer meiner Freunde ist auf Reisen und zu mir gekommen und ich habe ihm nichts anzubieten...‘. Ich sage euch, wenn er schon nicht deswegen aufsteht und ihm seine Bitte erfüllt, weil er sein Freund ist, so wird er dennoch wegen seiner Zudringlichkeit aufstehen und ihm geben, was er braucht“ (Lk 11 5-8).

Solche Zudringlichkeit – bei Lobbyisten vermutlich ein Qualitätsmerkmal – ist von allen gefordert und von allen zu wünschen, die für eine gemeinsame friedliche Zukunft auf dem geplagten Planeten arbeiten wollen.

Othmar Noggler

*Ein Gespräch mit dem DDR-Bürgerrechtler Heiko Lietz über fehlende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte im Grundgesetz, das 70 wird, und über politische Unmündigkeit vieler Ostdeutschen*

## **„Wir haben die Revolution für ein Linsengericht verkauft“**

***Hätten Sie vor 1989 je gedacht, einmal im Geltungsbereich des Grundgesetzes zu leben?***

Heiko Lietz: Das war außerhalb meiner Vorstellungskraft und war auch nie mein angestrebtes Ziel. Wir wollten nach der Friedlichen Revolution in der DDR eine demokratische Gesellschaft aufbauen, die ihren Namen wirklich verdient. Dafür hatten wir am Zentralen Runden Tisch einen Verfassungsentwurf verabschiedet, in dem alle Menschenrechte als einklagbare Grundrechte festgeschrieben waren.

***Was bedeutete für Sie als DDR-Bürgerrechtler das Grundgesetz?***

Lietz: Es war der verbindliche Rechtsrahmen in der alten Bundesrepublik und wurde für mich aktuell, als der Vereinigungsprozess auf uns zurollte. Wir forderten in diesem Zusammenhang, dass der nur entsprechend Artikel 146 erfolgen könne. Der besagte, dass bei einer Vereinigung das Grundgesetz von einer Verfassung abgelöst werden solle. Aber die politischen Vertreter beider deutschen Staaten bestanden auf den schnellen Anschluss nach Artikel 23.

***Wie beurteilen Sie es heute?***

Lietz: Ich halte das bis heute für einen großen Fehler. Denn so wurde die einmalige Chance verpasst, dass das deutsche Volk nach der Vereinigung in freier Entscheidung eine Verfassung beschließt. In dieser Verfassung müssten dann auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte als einklagbare Grundrechte verankert werden.

***Kommt denn das Grundgesetz diesen Forderungen nicht nach, wenn dort ausdrücklich festgelegt ist, dass Deutschland ein sozialer Rechtsstaat ist?***

Lietz: Solange diese Rechte nicht ausdrücklich einklagbar sind, muss sie der Staat nicht zwingend einhalten. Und so passiert es, dass er die Würde vieler Menschen ständig antastet.

***Aber wie soll der Staat garantieren, dass jemand Wohnung oder Arbeit hat, wenn er kein sozialistischer ist?***

Lietz: Keiner kann ihn daran hindern, ausreichend bezahlbare Sozialwohnungen zu bauen. Außerdem hätte er auch Möglichkeiten, im öffentlichen Bereich Arbeit zu schaffen, wie ich das in den 1990-er Jahren selber durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erlebt habe.

Bis zur Einführung der Agenda 2010 durch Rot-Grün konnten sogar Sozialämter Arbeitslose bis zu einem Jahr in Arbeit bringen. Wenn der Staat endlich bereit wäre, alle Menschenrechte als einklagbare Grundrechte in das Grundgesetz aufzunehmen, wäre das Problem lösbar.

***Aber die Hunderttausenden ABM-Stellen im Osten haben die Menschen ja nicht wirklich in Arbeit gebracht. Jedenfalls nicht in den Ersten Arbeitsmarkt.***

Lietz: Das habe ich anders wahrgenommen. Ich habe mit Unterbrechungen zehn Jahren im öffentlich geförderten Sektor gearbeitet. Ich habe sinnvolle Arbeit gemacht und dafür volles Gehalt bekommen. Deswegen halte ich die Unterscheidung von erstem und zweitem Arbeitsmarkt grundsätzlich für falsch. Denn jede Arbeit ist gleichwertig.

***Der Maßstab für Sie ist also nicht, ob jemand produktiv arbeitet, sondern die Würde des Menschen?***

Lietz: So ist es. Es gibt unendlich viele Arbeit, zum Beispiel in der Pflege, die liegen bleiben muss, weil sie für die Unternehmen nicht profitabel ist. Wenn die gesamte Wirtschaft mehr und mehr nur noch Arbeit bezahlt, die profitorientiert ist, dann ist im Wesen dieser Gesellschaft etwas krank. Personal wird nicht nur in Krankenhäusern und Schulen eingespart, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Leiden müssen die davon Betroffenen. Das kapitalistische System kommt permanent an seine Grenzen.

***Die Bundesrepublik definiert sich aber als soziale Marktwirtschaft.***

Lietz: Das Grundgesetz ist für die politisch und wirtschaftlich Mächtigen oft nur noch ein Feigenblatt. Von der sozialen Marktwirtschaft haben sie sich längst entfernt. So können rechtsradikale Parteien in vernachlässigte Räume vordringen, weil sie dort als Kümmerer wahrgenommen werden. Ich habe den Eindruck, dass die politischen Parteien das nicht rechtzeitig wahrgenommen haben.

***Ihnen wäre also eine veränderte DDR lieber gewesen, die ihren sozialen Anspruch verwirklicht, plus demokratische Freiheitsrechte. Sie wollten keine Vereinigung mit dem kapitalistischen Westen?***

Lietz: Nach der Friedlichen Revolution hatten wir ja schon damit begonnen, die DDR grundlegend zu verändern. Diese Veränderungen wollten wir auch in den Einigungsprozess einbringen. Aber die Bevölkerung hat bei der ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 mehrheitlich anders reagiert. Etwa 80 Prozent haben Parteien gewählt, die einen raschen Anschluss anstrebten. Sie wollten Verhältnisse wie im Westen.

***Das brach sich Bahn?***

Plötzlich war die Mauer offen. Jetzt konnten sie sich das, was ihnen jahrzehntelang verboten und verwehrt war, erfüllen.

***Hat Sie als Bürgerrechtler dieser Konsumrausch schockiert?***

Lietz: Mich hat das nicht wirklich überrascht. Für alle, die das erste Mal in den Westen kamen, war diese Fülle überwältigend. Endlich konnten sie das konsumieren, wovon sie jahrelang nur geträumt hatten. Selbst die SED-Führung hatte unter Honecker auf Konsum gesetzt, um die Bürger ruhig zu stellen und einzubinden.

***Deshalb das Votum für die rasche Einheit?***

Lietz: Es war wie in der Bibel: Esau hatte für ein Linsengericht auf sein Erstgeburtsrecht verzichtet. Viele haben die erste erfolgreiche deutsche Revolution für die Nutzung des West-Konsumangebots verkauft. Denn auf unsichere neue gesellschaftliche Experimente wollten sich die meisten nicht einlassen.

***Nach der Einheit folgte die Ernüchterung: Die DDR-Industrie brach zusammen, Millionen wurden arbeitslos und konnte nicht mehr viel kaufen.***

Lietz: Dafür aber hatten die meisten im Frühjahr 1990 noch keinen Blick. Mit diesen bitteren Erfahrungen verstärkte sich jedoch zunehmend die Skepsis gegenüber diesem System.

***Sie kamen als Bürgerrechtler gegen den Konsumwunsch nicht an?***

Lietz: Wir waren als Opposition nur eine kleine Minderheit, etwa 10.000 Menschen. Der harte Kern bestand aus vielleicht 600 Leuten. Das Erstaunliche war eher, dass uns die Menschen im Herbst 1989 für kurze Zeit die Regie überließen. Aber mit unserem Angebot für eine



grundlegende demokratische Erneuerung konnten wir gegen die Aussicht auf blühende Landschaften nicht punkten.

***Aber hätte es nicht wenigstens die Chance für eine behutsamere Annäherung gegeben?***

Lietz: Wir haben genau das angestrebt. Aber die meisten wollten es wegen ihrer ganz persönlichen, kurzfristigen Interessen nicht hören. Deshalb sollten sie sich nicht beschweren, wenn sie untergebuttert wurden. Zu glauben, das bliebe auch nach der Einheit so wie früher, war mehr als naiv. Deswegen ist die Opferrolle eigentlich nicht angebracht.

***Resultiert daraus diese merkwürdige, für Sie als Bürgerrechtler sicher schmerzvolle DDR-Ostalgie?***

Lietz: Die Leute trauern dem hinterher, was sie freiwillig aufgegeben haben: soziale Sicherheit. Im Grunde hätte es für jeden gleich nach der Wende einen Grundkurs in politischer Bildung geben müssen, um die Dinge besser zu durchschauen und eigenverantwortlich zu gestalten. Das ist nicht passiert.

***Gab es etwas, was Sie gerne aus der DDR-Verfassung übernommen hätten?***

Lietz: Das gab es, z.B. das Recht auf soziale Sicherheit. Ein Arbeitsplatz war sogar verpflichtend. Auch das DDR-Gesundheitswesen und das gemeinsame Lernen in der Schule hätte man in vielen Teilen übernehmen können. Stattdessen hat man vieles zerschlagen, weil es in dieses System nicht passte.

***Haben Sie die Hoffnung, dass Ihr Anliegen irgendwann doch noch verwirklicht wird?***

Lietz: Die habe ich schon. Wir haben gerade eine Aktion gestartet, damit die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte als einklagbare Grundrechte ins Grundgesetz kommen. Die Linke ist die einzige Partei, die das ebenfalls mit allem Nachdruck anstrebt.

***Ironie der Geschichte: Die Vorgängerpartei SED hat Sie verfolgt und zeitweise unter Hausarrest gestellt.***

Lietz: Aber die Genossen aus der DDR haben in diesem System schnell dazu gelernt. Bürger- und Freiheitsrechte sind ihnen plötzlich auch sehr wichtig, obwohl sie sie damals selber verhindert hatten. Bis dahin, dass ganz Hartgesottene bis vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ziehen, um ihre Sonderrenten einzuklagen. Inzwischen bin ich mit diesen Leuten teilweise einig. Das ist schon ein merkwürdiges Gefühl. Aber so können sich die Zeiten ändern.

Gespräch führte Ludwig Greven

## Themenbereich Frieden

### „Christus ist unser Friede“

#### Die Frühjahrstagung der Landessynode der ELKB in Lindau (März 2019) befasste sich mit diesem Schwerpunktthema. Martin Bleher berichtet

In Gottesdienst und Andachten, in Friedensgebeten, Vorträgen und Workshops beschäftigten sich die 108 Synodalen mit diesem Thema. In der Eröffnungspredigt berichtete Diakon Peter Kentzan von den Kriegserfahrungen seiner Großväter und forderte für die Kirche: "Gottes Frieden und damit Menschlichkeit, die Menschenrechte, das Recht auf umfassende Unversehrtheit stehen allen offen, unabhängig von Religion, Hautfarbe, Geschlecht, Her-

kunft und Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit. **Also hat Kirche, wenn sie Kirche Jesu Christi sein will, zu bekennen und zu verkündigen, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf**, und jeden Tag beim Mittagsläuten für den Frieden zu beten." **Auch Heinrich Bedford Strohm widmete seinen Bischofsbericht vor der Landeskirche in weiten Teilen dem Friedensthema.** Er rief die Christen dazu auf, Hoffnung zu säen und

prangerte weltweite und europäische Fehlentwicklungen, wie die Kündigung des INF-Vertrages und autonome Waffensysteme an. Bedford-Strohm: "Wir werden gleichzeitig Zeugen einer technologischen Entwicklung im digitalen Zeitalter hin zu autonomen Waffensystemen, die Tötungsentscheidungen mithilfe künstlicher Intelligenz selbständig treffen sollen. Bisher ist es nicht gelungen, solche Waffensysteme durch einen Konsens der Vereinten Nationen völkerrechtlich zu verbieten. ... Inzwischen fordern 26 Staaten ein solches Verbot. **Als Kirchen sollten wir dieses Anliegen weltweit mit allem Nachdruck unterstützen! Und ich hoffe, dass auch die Bundesregierung sich entschließen kann, über ihre unverbindliche Warnung vor solchen Waffen hinaus ein solches völkerrechtliches Verbot zu unterstützen.**" - **Martina Basso**, die Leiterin des Mennonitischen Friedenszentrums in Berlin rief im Hauptvortrag engagiert zum Einsatz für Gerechtigkeit und zum gewaltfreien Frieden auf: **Friede sei ein Kernthema in der Bibel und untrennbar mit der Gerechtigkeit verknüpft.** Durch beide Testamente ziehe sich die Botschaft eines umfassenden Friedens, der nicht nur das Gegenteil von Krieg, sondern umfassend zu verstehen sei als Heil-, Gesund- und Ganzsein der Menschen und als vorbehaltlos positiver Zustand der Welt. Dies schließe die soziale Komponente und das Streben

nach Gerechtigkeit ein. **Basso erinnerte an die Entstehung des Begriffs „Gerechter Friede“, den Beginn der Friedensforschung und an den »Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“.** „Gerechter Frieden“ sei nicht das Gegenteil von Gerechtem Krieg, sondern schließe soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Sicherheit für alle Menschen ein. „Frieden ohne Gerechtigkeit ist substanzlos, Gerechtigkeit ohne Frieden lieblos“, betonte die Referentin. Das Ringen um Frieden und die Suche nach beständigen Alternativen zu Ungerechtigkeit und Gewalt sei unverzichtbarer Ausdruck der Nachfolge Jesu. **Aufgabe der Kirchen sei, so Basso, den Frieden zeichenhaft zu bezeugen:** „Die Verantwortung der Kirche in und für die Gesellschaft kommt gerade darin zum Ausdruck, dass sie eine Gemeinschaft des gerechten Friedens exemplarisch lebt, die dem Wort glaubt, dass das Reich Gottes „mitten unter euch“ ist (vgl. Lk. 17,21), inmitten aller Ambivalenzen dieser Welt.“ Gerechter Friede fordere dazu heraus, „vom Frieden her zu denken und die Konsequenzen unseres Handelns im Blick auf alle Dimensionen des gerechten Friedens zu betrachten.“ **Evangelische Kirche sei Friedenskirche, wenn sie den Versuch wage, als Gemeinschaft Gewaltfreiheit auf allen Ebenen durchzubuchstabieren.**

Quelle: <https://landessynode.bayern-evangelisch.de/schwerpunkt-frieden.php>

## Plädoyer für eine kirchliche Friedensarbeit im 21. Jahrtausend

In den Jahren der Nachrüstungsdebatte wurde ich pazifistisch geprägt. Als Physiker hatte ich damals eine Vorstellung davon, welche entsetzlichen Folgen ein mit Kernwaffen geführter Krieg in Europa hätte. Auf dem Kirchentag in Hannover 1983 lernte ich: „Es ist an der Zeit für ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen.“

In unseren Tagen wurde der 1987 ausgehandelte und von R. Reagan und Gorbatschow unterzeichnete INF-Vertrag zum Verbot von mit Kernwaffen bestückten Mittelstreckenraketen gekündigt. Noch immer

lagern in Büchel (in Deutschland) im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ 20 Wasserstoffbomben mit der mehr als zehnfachen Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe. Der Einsatz derartiger Waffen würde das Motto „Christus ist unser Friede“ ad absurdum führen.

**Es ist an der Zeit, dass unsere Kirchengemeinden und Kirchenleitungen eindeutig Position gegen diese Massenvernichtungswaffen beziehen. Die „nukleare Teilhabe“ muss aus unserer Sicht dringend aufgekündigt werden.**

**Es ist Zeit, dass sich unsere Kirchen-  
(leitungen) dafür einsetzen, dass nach  
dem Kernwaffenteststopp-Vertrag\*  
(CTBT-Vertrag, 1998 von Deutschland  
ratifiziert) auch der ICAN-Vertrag von  
Deutschland ratifiziert wird. Atom- und  
Wasserstoffbomben sind zu ächten –  
bei uns in Deutschland und weltweit.  
Einladung zum Friedensgebet am 21.9.  
2019**

Am 30. November 1981 wurde dieser Tag  
in der UN-Resolution 36/67 zum "Internation-  
al Day of Peace" erklärt. Er soll ein  
Tag des Waffenstillstands und der Gewalt-  
losigkeit sein.

Seit 2004 ruft der Ökumenische Rat der  
Kirchen (ÖRK) alle Kirchen dazu auf, jähr-  
lich den 21. September zu einem Internation-  
alen Tag des Gebets für den Frieden  
zu machen, "als eine Möglichkeit, die  
Zeugniskraft der Kirchen und Glaubensge-  
meinschaften den vielen Kräften der welt-  
weiten Bewegung für Frieden und Gerech-  
tigkeit hinzu zu fügen".

**Die Erlöserkirche München-Schwabing  
lädt am Samstag 21.9.19 um 19 Uhr  
sehr herzlich zu einem Friedensgebet  
mit Pfarrer Steve Kennedy Henkel ein.  
Martin Bleher**

\*vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Kernwaffenteststopp-Vertrag>

### **Abzug aller Atomwaffen**

Eine deutliche Mehrheit der Deutschen ist für einen Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov ergab: 59 Prozent waren für, nur 18 gegen den Abzug. Nach Schätzung von Experten lagern in Büchel noch etwa 20 US-Atombomben, die im Ernstfall von deutschen Tornado-Kampffliegern abgeworfen werden sollen. Eine Mehrheit der Befragten verlangt von der Bundesregierung, den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen (53 Prozent für die Unterzeichnung, 21 dagegen).

### **Brief an die Kinder**

Liebe Kinder,

die Erde, auf der wir leben, ist sehr bedroht. Schuld daran sind wir, die Erwachsenen. Aber einige haben es doch noch bemerkt. Deswegen haben sich zum dritten Mal viele Menschen getroffen, um darüber nachzudenken, was zur Rettung der Erde geschehen muss. Das ganz Besondere an diesem Treffen war, dass es Leute sind, die alle an den einen Gott glauben, das aber auf verschiedene Weise tun. Man kann auch Ökumenische Versammlung dazu sagen, und die Leute nennen sich Delegierte. Aber eigentlich sind sie Mütter und Väter, Großväter und Großmütter, Geschwister oder Paten; kurz: es sind Leute, die auch in Eurem Hause wohnen könnten.

Was haben wir gemacht?

Wir haben nachgedacht und gebetet und wieder nachgedacht, was zu tun ist mit einer Welt, die wir Euch ziemlich kaputt übergeben müssen. Dann haben wir die Ergebnisse aufgeschrieben:

Hier sind die wichtigsten:

Wir alle müssen aufpassen, dass es noch lange Zeit Bäume gibt, die in einen blauen Himmel wachsen können.

Wir alle müssen uns dafür einsetzen, dass niemand mehr einen Menschen in einem Krieg erschießt.

Wir alle müssen teilen lernen, dass niemand mehr verhungert.

Wir alle müssen uns darum mühen, dass jeder kleine und jeder große Mensch sicher und geschützt in einer heilen Natur leben kann.

Wenn wir müde geworden sind, sollt Ihr an unsere Stelle treten. Das ist eine schwere Aufgabe, auf die man vorbereitet sein muss. Deswegen haben wir Euch ein wenig von der Ökumenischen Versammlung erzählt.

Glaub nicht, dass wir alles wissen, aber glaubt, dass wir alles tun wollen.

Wir grüßen Euch und danken, dass Ihr uns zugehört habt.

Friede sei mit Euch - Schalom -

Die Delegierten der Ökumenischen Versammlung.

Übrigens: wir waren in Dresden. Dort hat es oft geregnet und Rauchen im Haus war verboten.

Dresden, 30. April 1989

„Wenn man sich anschaut, wie viel Geld wir für Waffen ausgeben, kann man fast wahnsinnig werden.“

Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD

## **Aufruf an das Europäische Parlament**

### **Rettet das Friedensprojekt Europa! Für Frieden. Für Menschenrechte. Für Europa.**

Die Europäische Einigung brachte nach dem Zweiten Weltkrieg Versöhnung zwischen Feinden. Damit wurde die Europäische Union weltweit zum Friedensprojekt mit Vorbildcharakter.

Heute brauchen wir dringender denn je eine Europäische Union, die für Frieden und Menschenrechte eintritt – zu Hause und jenseits ihrer Grenzen.

Doch ab 2021 sind Milliardeninvestitionen für die europäische Rüstungsindustrie, gemeinsame Militäreinsätze und noch mehr Grenzsicherung geplant. Die Förderung von Frieden und Menschenrechten droht der Abwehr von Migration und Flucht zum Opfer zu fallen.

Wir sind überzeugt, dass die Europäische Union die Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger nur als Friedensprojekt und nicht als Militärmacht gewinnen wird.

Darum fordern wir die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf: Setzen Sie sich für eine Europäische Union ein, die bedingungslos für Frieden und Menschenrechte eintritt.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Europäische Union am Friedensprojekt Europa festhält und nicht zur Militärmacht wird.

Wir fordern, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den Europäischen Verteidigungsfonds lehnen wir ab. Der Vertrag von Lissabon verbietet die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union. Diese Grundsätze sollten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verteidigen und stärken.

Lassen Sie nicht zu, dass die Europäische Union zur Abwehr von Flüchtenden und Migration Staaten aufrüstet, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen.

Wir fordern, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten keine Gelder zur Aufrüstung der Armeen und Milizen von Drittstaaten einsetzen. Das Europäische Parlament muss sich gegenüber den Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für die Verschärfung und

strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte einsetzen.

Stärken Sie die Mittel der Europäischen Union zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Menschenrechte.

Wir fordern für den nächsten EU-Finanzrahmen (2021–2027) 7 Milliarden Euro für

gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung und 3 Milliarden Euro für die Förderung von Menschenrechten und Demokratie.

Das Ökumenische Netz Bayern unterstützt diesen Aufruf. Bitte unterzeichnen Sie ebenfalls unter [www.rettetdasfriedensprojekt.eu](http://www.rettetdasfriedensprojekt.eu). Vielen Dank.

(Es folgt eine lange Liste von Erstunterzeichnern)

### **Waffen, Waffen, Waffen**

Waffen im Wert von ca. 8,1 Milliarden Dollar (!) liefert die US-Regierung in den Nahen Osten. Eigentlich müssen solche Waffenexporte vom Kongress genehmigt werden. Nicht so bei Herrn Trump. Er führt die Spannungen mit dem Iran als Begründung an, um die Waffen am Kongress vorbei an Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und an Jordanien zu verkaufen. Ein krasser Beitrag, um die kriegerischen Konflikte im Jemen und anderswo anzuheizen, anstatt sie zu entschärfen.

## **Friedensinstitut wird gegründet**

**Bad Herrenalb / Karlsruhe (12.04.2019). Die Landessynode der Badischen Landeskirche hat den Plänen zur Gründung eines Instituts für Friedenspädagogik und Friedensarbeit zugestimmt. Das Institut soll bei der Evangelische Hochschule Freiburg verortet und im kommenden Jahr eröffnet werden.**

Das Institut soll Angebote für drei Zielgruppen entwickeln und durchführen: Für die Studierenden an der Hochschule, ergänzend zu den bisherigen Angeboten in verschiedenen Bachelor Studiengängen (z.B. Soziale Arbeit und Religionspädagogik/ Gemeindediakonie), für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende der Landeskirche in Gemeinden und Bezirken und weitere zivilgesellschaftliche Akteure sowie für Expert\*innen aus Wissenschaft und Politik, zum Beispiel in Form von Fachtagungen. „Wir freuen uns, dass wir als Hochschule mit unseren Mitteln der Lehre, Forschung und Weiterbildung diesen kollektiven Bildungsprozess vorantreiben können“, erklärte die Rektorin der Evangelischen Hochschule, Renate Kirchhoff nach der Entscheidung. Inhaltlich wird der Schwerpunkt bei den Themen Friedenspädagogik

und Friedensbildung, Friedensarbeit und zivile Konfliktlösung international wie im Nahbereich des Sozialraums liegen, beispielsweise zu aktuellen Themen wie dem Umgang mit Hate-Speech und der Diskriminierung von Minderheiten oder zu Konfliktlösungsmöglichkeiten im interreligiösen oder interkulturellen Bereich.

Berichterstatter Manfred Froese (Mannheim) bezeichnete die Einrichtung des Instituts vor der Landessynode als „einen wichtigen Schritt, um auch die notwendige wissenschaftliche Bearbeitung und Begleitung der Friedensthematik zu stärken“. Die Synode unterstreiche damit den „als Selbstverpflichtung eingeschlagenen Prozess auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“. Zugleich äußerte Froese die Hoffnung, dass durch die angebote-

nen Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere auch für Multiplikatoren, „die Friedensthematik noch stärker in das Bewusstsein der Bezirke und Gemeinden der

gesamten Landeskirche gebracht werden kann.“ Oberkirchenrätin Karen Hinrichs wird die Leitung dieses Instituts übernehmen.

Dr. Daniel Meier - Kirchenrat, Pressesprecher und Leiter des Zentrums für Kommunikation der badischen Landeskirche

## **Keine Stationierung von neuen Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik**

**Das Ökumenische Netz Bayern unterstützt Proteste gegen die Kündigung des INF-Vertrags und stellt klar, dass sich unsere Kirchen eindeutig gegen eine Stationierung neuer Atomwaffen in Deutschland positionieren müssen.**

Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurden mit zwei Atombomben 230.000 Menschen getötet. Derzeit besitzen 9 Staaten mehr als 15.000 Kernwaffen mit diesem überaus mörderischen Potential. 20 dieser Massenvernichtungswaffen lagern noch immer in Büchel in Rheinland-Pfalz. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), der inzwischen 450 NGOs angehören, setzte sich für einen Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen ein, der im Juli 2017 von 122 Staaten beschlossen wurde. Für dieses Engagement wurde ICAN im Jahr 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Anfang 2019 wurde der in den 1980iger Jahren ausgehandelte Abrüstungsvertrag INF durch die USA gekündigt. Vorausgegangen war dem INF-Vertrag damals der Rüstungswettlauf der 1970er und 80iger Jahre und der NATO-Doppelbeschluss, mit dem die Stationierung neu entwickelter Pershing-II-Raketen in Deutschland gerechtfertigt wurde.

Der Reformierte Bund hat im Juni 1982 eine Erklärung zur Frage der Atomrüstung veröffentlicht, deren Ergebnis lautet: 1. Die Frage der Atomrüstung ist nicht eine politische Ermessensfrage, sondern eine christliche Bekenntnisfrage. 2. Gegenüber den Massenvernichtungsmitteln gibt es für Christen nur "ein aus dem Bekenntnis zu Gott, dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser gesprochenes bedingungsloses ‚Nein!‘, ein Nein ohne jedes Ja!"

Papst Franziskus bekräftigte Ende 2017 gegenüber den Teilnehmern einer internationalen Nuklear-Konferenz im Vatikan:

„Wir müssen uns klar machen, dass die Konsequenzen des Einsatzes von Nuklearwaffen für die Menschheit und die Umwelt katastrophal wären. Zudem besteht die Gefahr, dass eine dieser Waffen durch einen Irrtum oder Fehler explodiert. Die Existenz von Nuklearwaffen ist die Folge einer Logik der Angst und gefährdet nicht nur die jeweiligen Konfliktparteien, sondern die gesamte Menschheit. Der Einsatz solcher Waffen ist daher ebenso entschieden zu verurteilen, wie die Drohung mit ihnen und ihr Besitz.“

Auch der Weltkirchenrat in Genf, der ein breites Spektrum evangelischer und orthodoxer Kirchen vertritt, beschloss schon vor Jahren ökumenisch einvernehmlich, gegen Nuklearwaffen vorzugehen. Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Heinrich Bedford-Strohm bezog in ähnlicher Weise Stellung.

„Wenn man sich vorstellt, wie viele Male die Welt vernichtet werden kann, mit dem jetzt immer noch vorhandene Bestand von Atomwaffen, dann kann man eigentlich schnell sehen, dass das nicht zu rechtfertigen ist, auch von der Verteilung der Mittel her, dass man Geld in solche Todeswaffen steckt, das dringend für die Verbesserung des Lebens der Menschen, insbesondere der Schwächsten gebraucht würde.“

Martin Bleher

Der Stadtrat von Neustadt/Aisch hat am 3. Juli 2019 fraktionsübergreifend beschlossen, den ICAN-Städteappell zu unterstützen. Dieser fordert alle Regierungen der Welt auf, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag vom 7.7.2017 zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Deutschland, die NATO und alle Atomwaffenländer haben es noch vor sich. Vor 2 Jahren haben 122 Staaten ohne Atomwaffen diesen Verbotsvertrag (von der Planung bis zum Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen) kreiert, weil sie, die Mehrheit aller Staaten, sich von einer kleinen Zahl von Ländern, die atomar bewaffnet sind, nicht erpressen lassen wollen. Wenn 50 Staaten den Vertrag ratifiziert haben, tritt er in Kraft. Bislang sind es 23.

## Themenbereich Gerechtigkeit

*Pfarrerin Annette Rodenberg, Mitglied im ÖNB, hat vor einiger Zeit in ihrer Gemeinde eine Initiative gegründet, die Menschen versammelt und zum Sprechen über ihre Situation bewegt, die akut von Armut betroffen sind. Sie sollen ihre Erfahrungen und Anliegen zur Sprache bringen können. Jetzt war sie mit einigen Leuten aus der Initiative in der „Europäischen Volksuniversität Vierte Welt“. Im folgenden Text berichtet sie davon:*

### **Armutsbetroffene beraten Politik**

#### **15. „Europäische Volksuniversität Vierte Welt“ im Europawahljahr**

Unter dem Motto „Für ein Europa, das niemanden zurücklässt“ haben sich europäische Bürgerinnen und Bürger vor der Europawahl zu Wort gemeldet, um ihre Interessen zu vertreten und die Politik zu beraten. Diese „Europäischen Volksuniversität Vierte Welt“, die am 6. Februar 2019 beim Europäischen Parlament in Brüssel stattfand, wurde schon zum 15. Mal vom Europa-Team der Internationalen Bewegung ATD Vierte Welt organisiert. ATD, „All Together in Dignity“, ist seit Ende der 1950er-Jahre in Frankreich entstanden und setzt sich als Menschenrechtsorganisation inzwischen auf allen Kontinenten dafür ein, dass die Erfahrungen der Ärmsten bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Die ca. siebzig mehrheitlich armutsbetroffenen Delegierten kamen diesmal aus acht Ländern: Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande und Rumänien. Sie hatten jeweils eines von drei Themen bearbeitet: „Die Auswirkungen der nationalen und europäischen Politik auf das Familienleben von Menschen mit Armutserfahrung“, „Das Recht auf rechtliche Existenz“ und „Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Europa“.

Auch ATD Vierte Welt in Deutschland entsandte eine Delegation. Vorstandsmitglied Annette Rodenberg hatte in Verbindung mit dem f.i.t.-Projekt „Sichtbar aber auch nicht stumm“ in Naila bei Hof eine Vorbereitungsgruppe gebildet, die das erste der drei Themen bearbeitete. Die Gruppenmitglieder konnten durch die von ihnen gewählten Delegierten ihre Erfahrungen, Erkenntnisse und Vorschläge in Brüssel einbringen.

Aus eigener leidvoller Erfahrung hatte ein Familienvater dafür plädiert, dass auch ein Teil von Erbschaften während des Leistungsbezuges als Schonvermögen angesehen werden sollte, wie es bei Ersparnissen vor Eintritt des Leistungsbezuges gelte. Wenn dieses Prinzip dann auch auf andere Einnahmen wie Zuverdienst, eigene Rentenansprüche, Mütterrente, Elterngeld, Geschenke, etc. angewendet würde, könnte eine gewisse Rücklage für Nofälle auch nachträglich erworben werden. Dadurch würden armutsbetroffene Menschen etwas weniger unter Druck und Angst stehen.

Die Hoffnung auf einen Ausweg aus der Armut verbindet sich in betroffenen Familien auch mit dem Heranwachsen der Kinder. Wenn ein Sohn erstmals Geld verdient, wird diese Einnahme im Rahmen der „Bedarfsgemeinschaft“ in die Berechnung der Regelsatz-Leistungen einbezogen. Der Bericht einer Familienmutter aus Deutschland über die Folgen dieser Rechtslage für ihre Familie hinterließ einen starken Eindruck und wurde durch ähnliche Erfahrungen aus Belgien bestätigt. So wurde deutlich, dass die familiäre Solidarität leidet und oft sogar zerbricht, wenn der Staat sie erzwingen will, um Leistungen zu sparen.

Marlies Osenberg, ebenfalls Mitglied der deutschen Delegation, berichtete von einer Frau mit sieben Kindern, der die Mütterrente nichts gebracht hatte, weil alles mit der Grundsicherung verrechnet wurde – ein besonders krasses Beispiel dafür, dass familienpolitische Fortschritte offenbar gerade den Ärmsten nichts nützen. [Dies ist leider auch bei der neuesten Erhöhung der Mütterrente so geblieben.] Letztlich stellten die deutschen Delegierten nicht nur die „Bedarfsgemeinschaft“ in Frage, sondern auch den Grundsatz, wonach die „Stütze“ nachrangig zu allen anderen Einkünften gewährt wird. Und sie standen damit nicht allein!

Allerdings scheint von den eingeladenen Europaabgeordneten aus Deutschland niemand die Chance, die eine solche Volksuniversität darstellt, wahrgenommen zu haben. Umso beachtlicher war, dass Brexit-Chefunterhändler Michel Barnier (nach einem Gesprächstermin mit Jean-Claude Juncker und dem irischen Premierminister Varadkar) noch in die Plenarsitzung kam und seine Unterstützung ausdrückte.

Das Schlussdokument, in dem die geleistete Arbeit und die sich daraus ergebenden politischen Vorschläge umfassend dokumentiert werden, liegt inzwischen in deutscher Übersetzung vor und ist als pdf-Dokument bei [annette.rodenberg@gmx.de](mailto:annette.rodenberg@gmx.de) erhältlich.

Annette Rodenberg, Naila

### **UN-Tready**

Am Beginn globaler Lieferketten stehen oft Landraub, ausbeuterische und gefährliche Arbeitsbedingungen sowie Umweltzerstörung. Die Opfer erhalten in den wenigsten Fällen Wiedergutmachung. Mitte Oktober fand im Genfer Menschenrechtsrat die 4. Verhandlungsrunde zum UN-Treaty' statt. Erstmals wurde dort ein konkreter Vertragsentwurf diskutiert. Obwohl das EU-Parlament vorab eine konstruktive Beteiligung gefordert hatte, trug der EU-Vertreter kaum zur Diskussion bei und distanzierte sich explizit von den Beschlüssen. Eine Allianz deutscher Nichtregierungsorganisationen (u.a. Brot für die Welt und Misereor) fordert von der Bundesregierung, sich aktiv und konstruktiv an den Verhandlungen im UN-Menschenrechtsrat zu beteiligen für verbindliche Regelungen.

## **Das Ökumenische Netz Bayern protestiert gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für attac Deutschland durch den Bundesfinanzhof.**

Wir schätzen attac als aktionsorientierte Bildungsbewegung. Sie rüttelt auf, dort, wo es Not tut. Attac stellt Informationen zu relevanten gesellschaftlichen Themen zur Verfügung, beleuchtet Auswirkungen von Globalisierungsprozessen, stellt Argumente und Fakten zusammen und bereitet diese didaktisch auf. Attac stärkt die öf-

fentliche Debatte zu jeweiligen Folgen und Alternativen und entwickelt Positionen, die eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft im Fokus haben.

In attac Deutschland engagieren sich viele ehrenamtlich Aktive in Projektgruppen, Kampagnen oder vor Ort für eine andere Welt. Sie richten sich gegen die negativen



Folgen von Globalisierung und Neoliberalismus auf Welthandel, Finanzmärkte, Klima, soziale Gerechtigkeit oder Fluchtbewegungen.

Wir fordern alle Wähler\*innen und alle Parteien auf, Widerspruch einzulegen.

Wir bitten unsere Kirchen, sich für die Wiederanerkennung der Gemeinnützigkeit der Organisation attac Deutschland einzusetzen.

Das Urteil muss Sorgen machen; es hat toxische Wirkung. Es ist zu fürchten, dass nun kritische Vereine und Verbände finanziell ausgehungert werden.

Der entscheidende Satz des Anti-Attac-Urteils des Bundesfinanzhofs lautet: "Wer politische Zwecke durch Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung verfolgt, erfüllt keinen gemeinnützigen Zweck." Man muss den strohtrockenen Satz zwei-, dreimal lesen, dann beginnt er gefährlich zu knistern. In diesem Satz steckt nämlich eine vordemokratische Botschaft: Politisches Engagement, wie es der Bundespräsident landauf, landab von den Bürgerinnen und Bürgern verlangt, ist angeblich

steuerlich nichts wert; es ist angeblich weniger relevant für Gemeinnutz und Gemeinwohl als das Werkeln in einem Verein für Modellflug, Amateurfunk, Kleingärtnerei oder Hundesport.

Mit seinem Urteil verwarf der BFH die Entscheidung der Vorinstanz. Das Hessische Finanzgericht (FG) war davon ausgegangen, dass die nach § 52 AO steuerbegünstigte Förderung der Volksbildung eine Betätigung in beliebigen Politikbereichen zur Durchsetzung eigener politischer Vorstellungen ermögliche.

Demgegenüber ist nach dem Urteil des BFH für die zur Volksbildung gehörende politische Bildung wesentlich, politische Wahrnehmungsfähigkeit und politisches Verantwortungsbewusstsein zu fördern. ... Politische Bildungsarbeit setzt aber ein Handeln in geistiger Offenheit voraus. Daher ist eine Tätigkeit, die darauf abzielt, die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen zu beeinflussen, nicht als politische Bildungsarbeit gemeinnützig.

Martin Bleher

### **Nach dem Scheitern der Ausländermaut**

„Am Ende ist die Ausländermaut eine der größten Ressourcenverschwendungen der deutschen Politik. Die Kreativität der Mitarbeiter, die man für sinnvolle Vorhaben hätte nutzen können, wurde vergeudet. Das Scheitern der Maut ist eine Parabel für vieles, was schiefläuft in diesem Ministerium, das seit Jahren den Partikularinteressen eines einzigen Bundeslandes unterworfen ist.“

(Spiegel vom 13.7.19 im Kommentar „Haus der Pannen“)

### **UN-Flüchtlingsbericht**

weltweit sind nahezu 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind, alle zwei Sekunden wird ein Mensch vertrieben: 37.000 Menschen sind es pro Tag.

Viele Zahlen. Alles nachzulesen im Global Trends-Report des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR). Und es ist auch wichtig, in Zeiten emotionaler Debatten Fakten zu liefern.

Der Weltflüchtlingstag ist aber auch ein Tag, um allen Unterstützer\*innen zu danken, die sich für Geflüchtete einsetzen. Die Willkommenskultur mag vielleicht nicht

mehr auf den Titelseiten der Zeitungen stehen, sie ist aber weiterhin vorhanden: Bundesweit engagieren sich Millionen Mitbürger\*innen in tollen Projekten und Initiativen. Sie alle eint, dass sie eher die Chancen als die Risiken sehen, sie alle eint, dass sie bei der Integration helfen möchten.

Die UNO-Flüchtlingshilfe unterstützt bundesweit rund 80 Projekte. Wir sehen bundesweit enorme Solidarität, Großzügigkeit und viel ehrenamtliches Engagement. Auf diesen positiven Beispielen müssen wir aufbauen, diese Geschichten müssen wir erzählen. Sie enthalten Werte wie Empa-

thie und Humanität. Und diese Werte sind wiederum die Basis für ein Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit.

Und dennoch spitzt sich die öffentliche Diskussion um Flucht und Integration drastisch zu. Daher stehen Europa und Deutschland in der Pflicht an seine eigene Fluchtgeschichte zu erinnern. An die Millionen von Menschen, die während des 2. Weltkrieges ihr Zuhause verloren hatten oder geflüchtet waren, und Hilfe erhielten. An die Fluchtgeschichten aus der DDR. Denn wer keine Perspektive mehr sieht oder sich und die Familie in Sicherheit bringen muss, ist geflohen und wird fliehen. Auch, wenn die Flucht noch so gefährlich ist. Auch wenn es bedeutet, ein Meer in einem Schlauchboot zu überqueren mit der Gewissheit, nicht schwimmen zu können. Seit 2014 sind laut UNHCR

knapp 18.000 Menschen bei dem Versuch über das Mittelmeer zu fliehen, ertrunken oder verschwunden. Die Dunkelziffer liegt unendlich viel höher. Damit ist das Mittelmeer die tödlichste Grenze Europas geworden.

Und da stellt sich die Frage, für wen die Flüchtlingsbewegungen weltweit eine Krise sind: nämlich für die Mutter, die das Leben ihrer Kinder schützen will und sich deswegen in ein Gummiboot setzt. Diese Menschen brauchen unsere Solidarität und wirksame Hilfe. Weltweit und hier bei uns in Deutschland.



„... die heutige Migrationspolitik ist noch brutaler als die von Donald Trump. Zwar stimmt es: In Europa gibt es keine Grenzbeamten, die Kinder von ihren Eltern trennen. Dafür paktieren die Europäer mit libyschen Milizen, die Schreckenslager betreiben, in denen Menschen gefoltert und vergewaltigt werden, und sie arbeiten mit der sogenannten libyschen Küstenwache zusammen, die kaum mehr ist als eine Miliz zur See. Auf dem Mittelmeer wurde die Seenotrettung praktisch eingestellt, der italienische Hardliner Matteo Salvini lässt keine Rettungsboote mehr anlegen.“

Mathieu von Rohr (im Leitartikel, Spiegel Nr. 27, 2019)

## Flüchtlingspolitik?

In unserem Land wird der 70. Geburtstag des Grundgesetzes gefeiert und auf allen Kanälen der erste Artikel betont: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Es sieht so aus, als würde diese Erinnerung an unserem Innenministerium vorbei gehen. Seit Wochen wird dort an einem Gesetz gebastelt, das „Geordnetes-Rückkehr-Gesetz“ heißen soll und auf heftige Kritik derer stößt, die den Artikel 1 GG dabei abwägen. So hat neulich die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatovic, deutliche Kritik daran geübt, „mit welchen Mitteln die Bundesregierung Abschiebungen von abgelehnten Flüchtlingen forcieren will“ (SZ vom 23.5.):

Informationen über Termine von Abschiebungen sollen als „Staatsgeheimnisse“ eingestuft werden; Flüchtlingshelfer sollen mit Strafen bedroht werden, wenn sie „Amtsträger“ dazu anstiften, vertrauliche Informationen herauszugeben; die abgelehnten Flüchtlinge selbst sollen keine genauen Mitteilungen über den Zeitpunkt ihrer Abschiebung erhalten, so dass sie sich nicht mehr ausreichend juristisch beraten lassen oder sich auf die Rückkehr in die alte Heimat gebührend vorbereiten können.

Andere, die von Menschenrechten was verstehen, kritisieren ebenfalls die deutsche Abschiebepaxis: Das Anti-Folter-Ko-

mittee des Europarats zum Beispiel hat einen Bericht vorgelegt, der beanstandet, dass Abschiebungen in Deutschland den Betroffenen häufig zu kurzfristig angekündigt würden. In so kurzer Zeit könnten sie sich nicht psychisch mit der Situation auseinandersetzen. Und die Anwendung von Gewalt sei unakzeptabel. Polizisten dürften keine Techniken anwenden, die dazu führen, dass der Auszuweisende nicht mehr richtig atmen kann oder dass ihm starke Schmerzen zugefügt werden. Das Komitee bemängelte weiter, dass die in Gefängnissen untergebrachten Männer mehr wie Strafgefangene behandelt würden und beispielsweise ihre eigene Kleidung nicht tragen dürften und nur eingeschränkten Zugang zu Mehrzweckräumen hätten.

Die Linke kritisiert: „Das Geordnete-Rückkehr-Gesetz hat die verbliebenen Rechte von Geflüchteten bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt.“ Das Gesetz beinhalte „einen Katalog der Entrechtung, Seehofers Entwurf sei ein „Schritt zur Orbanisierung“ Deutschlands, sagte Filiz Polat von den Grünen. Was das heißt, schildert Pro Asyl: „Seit Jahren treibt Viktor Orbán die Brutalisierung der Flüchtlingspolitik voran! Eine erschütternde Praxis ist das gezielte Aushungern, um Schutzsuchende aus den ungarischen Transitzonen zu vertreiben. Ein Beispiel aus der Transitzone Rösztke: Die Eltern und der älteste Sohn einer afghanischen Familie mussten hungern, während die jüngeren Kinder zu essen bekamen. Abgeben durften sie ihren Eltern nichts. Eingreifen war hier – wie in weiteren dokumentierten Fällen – sofort geboten! Unsere Partner\*innen vom Hungarian Helsinki Committee ziehen direkt vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und erwirken eine einstweilige Anordnung. Die ungarischen Behörden werden rechtlich verpflichtet, den Hungernden wieder zu essen zu geben.

Zurück zu den Vorhaben unseres Innenministeriums: Der Plan, Flüchtlingshelfern, die Abschiebungen verhindern, mit Haftstrafen zu drohen, wurde auf Druck der SPD aufgegeben; Mitgliedern des Öffentlichen Dienstes droht freilich weiterhin in solchen Fällen strafrechtliche Verfolgung. Auf heftige Kritik von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen, zum Beispiel Pro Asyl, stößt die

Unterbringung von abschiebepflichtigen Flüchtlingen oder solchen, die sich etwas zu Schulden kommen ließen, in Strafgefängnissen. Dazu führen zum Teil drastische Strafmaßnahmen: Wer zum Beispiel seine wahre Identität verleugnet und nicht dazu beiträgt, einen Pass zu bekommen, bzw. einer freiwilligen Rückkehr nicht zustimmt, soll nach den Plänen des Innenministeriums nur noch „eine Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ bekommen; das hat erhebliche Folgen: „Die Sanktionen lauten: Erwerbstätigkeitsverbot, Wohnsitzauflage, Verhinderung der Aufenthaltsverfestigung und auch die Möglichkeit der Verhängung von Bußgeldern,“ betonte Seehofer. Und wo Fluchtgefahr bestehe, wo ein Flüchtling einmal unentschuldigt einen Termin bei der Ausländerbehörde verpasse oder verschweige, dass er Geld hat, könnten Ausreisepflichtige in „Sicherungshaft“ genommen werden. Wenn wir dann den Blick auch über Deutschland hinaus richten und sehen, wie weiterhin Männer, Frauen und Kinder im Mittelmeer ertrinken und die Rettungsschiffe in den europäischen Häfen nicht anlegen dürfen, in welcher qualvollen Situation Tausende in den überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland oder im Libanon hausen, ohne Perspektiven, ohne Hoffnung, oder wie Familien auseinandergerissen werden, Kinder weinend nach ihren Eltern rufen – dann mag einem das triumphalistische Feiern des Grundgesetzes vergehen. Es ist eine erbärmliche, jämmerliche Flüchtlings-Abwehr-Politik, die in unserem Land, in Europa und weltweit praktiziert wird. Ein Kabarettist aus Österreich hat es in einem Kommentar in der SZ auf den Punkt gebracht: Statt Aufnahmezentren werden Ausreisezentren eingerichtet.

Der UNHCR hat deshalb für Europa sieben Forderungen formuliert: Das Recht auf Sicherheit und Asyl schützen; faire und schnelle Asylverfahren schaffen; größere Solidarität zwischen EU-Mitgliedsstaaten ermöglichen; mehr legale Wege für Flüchtlinge schaffen, um Europa sicher zu erreichen; Menschen aus Seenot retten; Flüchtlinge in ihrer neuen Umgebung willkommen heißen; Flüchtlinge weltweit beim Neustart unterstützen.

HHW

## Eine alternative Suchmaschine

Die „Akademie Solidarische Ökonomie“ hat vor längerer Zeit für die alternative Suchmaschine „ECOSIA“ geworben. Seither nutze ich sie ausschließlich.

Das Internet ist das zentrale Nervensystem der modernen, globalen Wirtschaft und Kommunikation. Doch anders als viele Menschen vielleicht vermuten, ist es nicht rein virtuell. Ganz im Gegenteil. Der stetig steigende Energiehunger sorgt nicht nur für steigende Betriebskosten, er erfüllt auch Klimaschützer zunehmend mit Sorgen. Aber es gibt grüne Alternativen.

Eine echte und grüne Alternative zum Branchenprimus Google ist Ecosia. Alle Server des Berliner Start-ups werden mit Ökostrom versorgt, wodurch die Suchanfragen keine CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Mit den generierten Gewinnen werden Bäume gepflanzt. Und zwar dort, wo Arten vom Aussterben bedroht sind, wo eine Desertifikation droht oder wo eine Aufforstung notwendig ist. (Navigator-Web.de)

Ecosia verkauft keine Daten an Werbende, verwendet keine Drittanbieter-Tracker und anonymisiert sämtliche Daten innerhalb einer Woche.

Bitte sich selber bei Ecosia informieren.

Sepp Stahl

## Berichtsverfahren zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) der UN

Alle fünf Jahre muss die Bundesregierung dem UN-Sozialausschuss über die Umsetzung der im UN-Sozialpakt garantierten Menschenrechte berichten. Die jüngste Überprüfung fand im September 2018 statt. Zuvor hatte die Bundesregierung ihren 6. *Staatenbericht* eingereicht. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen hatten mit *Parallelberichten* Hintergrundinformationen über bestehende Missstände geliefert. An der offiziellen Anhörung in Genf nahm auch ein Vertreter der bayerischen Initiative ‚Rechte statt Reste‘ aus gewerkschaftlichen und kirchlichen Einrichtungen teil, die einen eigenen Bericht eingereicht hatte.

Bei der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von global agierenden Unternehmen setzt die Bundesregierung bislang auf Freiwilligkeit. Auf der Tagesordnung in Genf stand daher auch die Frage, inwiefern ausländische Opfer von Menschen-

rechtsverletzungen Zugang zum deutschen Rechtssystem haben. So berichtete Peter Kayiira, der Sprecher der Vertriebenen der Kaweri-Kaffeeplantage in Uganda, einem Tochterunternehmen der Hamburger Neumann-Gruppe, dem Ausschuss über die Folgen der fehlenden Klagemöglichkeiten der Betroffenen zur Erreichung einer angemessenen Entschädigung für den Verlust ihrer Existenzgrundlage.

In seinen *Abschließenden Bemerkungen* an die Bundesregierung griff der UN-Sozialausschuss viele der Themen auf und kritisierte die Bundesregierung erneut in mehreren Bereichen deutlich. Zu drei besonders brisanten sozialen Themen verlangte der Ausschuss von der Bundesregierung einen „dringlichen Zwischenbericht“ binnen 24 Monaten: zur Situation älterer Menschen in der Pflege, zur Kinderarmut und zum Recht auf Wohnen.

Marlies Olbez

### **Bayerisches Afrikabüro in Addis Abeba**

Im Rahmen seiner Äthiopienreise 2019 hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder das Bayerische Afrikabüro in Addis Abeba eröffnet. Söder möchte damit ein Zeichen für die Unterstützung der Entwicklung Äthiopiens in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Entwicklungszusammenarbeit setzen und Bayerns dauerhaftes Engagement für eine Zusammenarbeit sichern.

## 9. Mai Europatag: Aufruf für Soziale Rechte

Anlässlich des Europatags veröffentlichten hochrangige Juristinnen und Juristen, darunter ehemalige Verfassungsrichter, Mitglieder des European Committee of Social Rights sowie vom UN-Sozialausschuss, einen Aufruf an die Europäische Union. Hierin heißt es, dass es für die Wahrung der Legitimität des Projektes Europa notwendig sei, dass soziale Rechte wie das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Wohnen oder das Recht auf Nahrung nicht einer "Steuerdisziplin" zum Opfer fallen. Der Handlungsauftrag bekräftigt die Ergebnisse des Berichts „Democracy Not For Sale“, der vom Transnationalen Institut, FIAN International und Agroecopolis veröffentlicht wurde und der die Auswirkungen der Sparpolitik auf das Recht auf Nahrung in Griechenland untersuchte – ein Symbol für die Auswirkungen der europäischen Wirtschaftsführung. In dem Bericht wurden für die Jahre nach der Wirtschaftskrise folgende Beobachtungen gemacht:

- die Ernährungsunsicherheit verdoppelte sich von 7% im Jahr 2008 auf über 14%

im Jahr 2016;

- der Anteil der Haushalte mit Kindern, die sich nicht jeden Tag eine eiweißreiche Mahlzeit leisten können, verdoppelte sich von 4,7% im Jahr 2009 auf 8,9% im Jahr 2014;
- die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe ist deutlich gestiegen; 2016 waren allein in der Region Attika mehr als 200 Suppenküchen, Lebensmittelausgabestellen und Wohltätigkeitsorganisationen tätig

Olivier De Schutter, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und einer der Unterzeichner des Aufrufs, betonte, dass sich „Europa nicht durch Bescheidenheit und niedrige Ambitionen auszeichnen sollte. Stattdessen sollte es die Messlatte hoch anlegen und mithilfe sozialer Rechte den Wohlstand fördern und den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft stärken.“

Marlies Olberz

### Themenbereich Schöpfung

## Agrarwirtschaft und Agrarpolitik auf einem Irrweg

### „Im Märzen der Bauer die Rößlein einspannt,...“

Es war einmal eine bäuerliche Landwirtschaft mit einer langen Tradition der Dreifelderwirtschaft, auch mal ein Jahr Brachland. Es waren überwiegend kleinbäuerliche Betriebe bis runter zu fünf Hektar pro Hof. Es war viel Handarbeit mit Unterstützung von Tierkraft. Die ganze Familie war oft auch mit Mägden und Knechten in den Ställen und auf den Feldern. Pferde, Rinder, Schweine, Hühner, Gänse und Enten waren fast auf jedem Hof gehalten; in begrenzter Anzahl, mit viel Auslauf und hofeigenem Futter. Es war, ohne darüber zu sprechen oder sich bewusst zu sein, nachhaltige Landwirtschaft im Einklang mit der Natur. Die Unkraut- und Schädlingsbekämpfung geschah meist per Hand z.B. Distelstechen im Kornfeld, Einsammeln der Kartoffelkäfer und ihrer Larven; auch Egge und Pflug waren dabei im Einsatz. Die Düngung erfolgte mit Jauche und Tiermist. Klee und Luzerne sorgten zwischen durch für natürlichen Stickstoff im Boden. Die bäuerliche Bevölkerung versorgte sich und alle im Lande ausreichend mit guten Lebensmitteln. Alle waren zufrieden. Der Bauernstand war sehr zahlreich und geschätzt. Die Preise waren dem Wert der Produkte angepasst. Im Vergleich zu heute waren sie um einiges höher. Für einen Liter Vollmilch musste man 1950 0.19

Stunden arbeiten, 2009 musste man für diese Milch nur noch 0,03 Stunden arbeiten (Wikipedia). Bis ca. 1950 waren die obig beschriebenen bäuerlichen Arbeitsweisen gängige Praxis. Als Kind und Jugendlicher habe ich die letzten Zeiten dieser bäuerlichen Landwirtschaft in meinem Heimatdorf selber noch erlebt.

### **Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten**

Fünf große Wendepunkte trugen schrittweise zu negativen Entwicklungen in der deutschen Landwirtschaft bei.

1. Der Einsatz von Herbiziden gegen Wildkräuter anfangs der Fünfzigerjahre
2. Die Flurbereinigen ab den Sechzigerjahren, hier Zusammenlegung kleinteiliger Felder zu großen Äckern, Bäume, Büsche, Hecken, Raine und Ranken wurden weggeräumt
3. Umstellung der meisten Bauern in den Achtzigerjahren auf Güllewirtschaft mit dem Problem der Überdüngung
4. Kontinuierliche Zunahme von Mais- und Rapsanbau; Beginn der Monokulturen, gleichzeitig stets steigender Einsatz von Pestiziden, Gülle und Kunstdünger
5. Mit der Einführung der Marktwirtschaft wuchs der Druck und die Anforderung stark an. Die Produktion wurde immer mehr von der Marktwirtschaft gesteuert. Angebot und Nachfrage spielten eine wachsende Rolle. Eine weitere Steigerung kam mit dem Diktat der Weltmarktpreise. Die Preise sanken deutlich; der Preisdruck war enorm. Der eigentliche Wert der landwirtschaftlichen Produkte war nicht mehr gewährleistet. Die Lösung hieß Wachstum, Wachstum. Um überlebensfähig zu bleiben musste in allen Bereichen die Produktion stark erhöht werden. Das hieß und heißt es immer noch: Höhere Erträge, mehr Fläche, mehr Gülle und mineralischen Dünger, mehr Pestizide, mit höherer Wirksamkeit (Glyphosat,), neuerdings bereits prophylaktischer Einsatz, noch mehr Tiere in der Massentierhaltung, mehr Soja, mehr Antibiotika, größere Maschinen.

Das alles erfordert höhere Investitionen. Vor allem die jeweils kleineren Betriebe müssen aufgeben. „Seit Mitte der 1990er Jahren ist die Zahl der Betriebe in Deutschland um die Hälfte zurückgegangen“ (Agrar-Atlas 2018 von BUND, Heinrich Böll-Stiftung und der Zeitung Le Monde Diplomatique). In der EU hat das Höfesterben im Zeitraum von 2003 bis 2013 um ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe zugenommen (Agrar-Atlas).

Und diese beschriebene Agrarlandwirtschaft wird von der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) der EU seit Jahrzehnten hoch finanziert, 75 Prozent davon an Direktzahlungen ohne Auflagen.

### **Kritik und Widerstand**

Die vielfältigen negativen Auswirkungen der aktuellen agrarindustriellen Landwirtschaft erleben wir täglich hautnah. Umweltverbände und entsprechende Nichtregierungsorganisationen (NGO) machen schon seit langem auf diese Entwicklungen aufmerksam. Immer wieder finden größere Demonstrationen zu diesem Anliegen statt. Jährlich z. B. zur Grünen Woche in Berlin die Demo „Wir haben es satt.“ In Gesellschaft und den Medien nimmt die Debatte darüber Gott sei Dank beständig zu. Aus Zeitungen, Fernsehen, dem Internet und den Newslettern von (NGOs) u.a. bekomme ich fast täglich Informationen.

Die Nationale Akademie der Wissenschaften „Leopoldina“ hat 2018 für Deutschland eine 70-seitige Stellungnahme zu „Artenrückgang in der Agrarlandschaft“ herausgegeben. Hochrangige Agrarwissenschaftler, Biologen und Toxikologen haben hier zum Zustand der Biodiversität und den Auswirkungen des Pestizideinsatzes in der deutschen Landwirtschaft zusammengearbeitet.

Die SZ vom 12.07.2019 berichtet aus einem neuen 328-seitigen Papier aus dem Büro für Technikfolgen-Abschätzungen: Der Einsatz von Ressourcen und Pflanzenschutzmitteln steige, die Artenvielfalt nehme ab, die Abhängigkeit von Futterimporten wachse, ...“ Weiter werden massive Nachhaltigkeitsdefizite auf praktisch allen Ebenen festgestellt.

Die Krefelder Studie zum starken Insektenrückgang war wohl ein erster, entscheidender Anstoß im Bewusstsein der Öffentlichkeit. Biologen haben 2017 gar in Schutzgebieten, einen

Rückgang von mehr als 75 % der Biomasse von Fluginsekten innerhalb von nur 25 Jahren festgestellt. Ein erschreckendes Ergebnis!

In der intensiven und bedrohlichen Wahrnehmung all dieser Probleme in der Landwirtschaft war auch der Boden bereitet zum Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern. Den Initiatoren ist hier nochmals zu danken. Es war ein überwältigender, nicht zu erwartender Erfolg. Ein nicht zu kleiner Teil der Menschen erkennt das erschreckende Ausmaß des Artensterbens und fordert sofortiges Handeln und Gegensteuern. Erfreulich auch und ebenso unerwartet, dass Söder und seine Regierung die Inhalte des Volksbegehrens übernehmen will. Aber Vorsicht und abwarten!

## **Das Artensterben**

„Der Verlust von Arten, Ökosystemen und genetischer Biodiversität ist bereits jetzt eine globale und generationsübergreifende Bedrohung für das Wohlergehen der Menschheit“ (SZ,30.04.2019). So Robert Watcan, Vorsitzender des Weltbiodiversitätsrats. (IPBES) Auf einer UNO-Konferenz im April 2019 in Paris waren dort 132 Mitgliedsstaaten vertreten. 150 Experten aus 50 Ländern haben tausende Studien ausgewertet zum Zustand der Ökosysteme und Handlungsoptionen aufgezeigt. Schätzungen zufolge verschwinden jährlich mindestens 20 000 Spezies aus der Biosphäre der Erde. „Der Bericht des Weltbiodiversitätsrats macht deutlich, dass die Erde auf einen ökologischen Kollaps zusteuert, wenn dagegen nichts unternommen wird“ (SZ,08.05.2019). Nach dem letzten großen Artensterben (Dinosaurier) auf unserem Planeten vor ca. 60 Millionen Jahren, spricht man nun vom 6. Massensterben, aber erstmals menschenverursacht.

Beim Rückgang der Vögel bei uns ist auffallend, dass hier die sog. Agrarlandarten stark abnehmen. „Aus bundesweiten Erfassungsprogrammen für den Zeitraum 1992 bis 2016 geht hervor, dass der Bestandsrückgang von Vogelarten besonders in der Agrarlandschaft nicht nur anhält, sondern sich sogar noch deutlich beschleunigt“ (SZ,20.03.2019). (Fehlen der nötigen Lebensräume, Fehlen von Nahrung, Bedrohung durch Gifte und Gülle und weiterer Gründe) Einbruch innerhalb von 25 Jahren bei: Rebhühner 89%, Kiebitz 88%, Braunkehlchen 58%, Feldlerche 54%. Die Abnahme der Vögel im Wald ist weitaus geringer (6%), in den Städten nehmen die Vögel sogar zu.

Den Insekten geht es nicht anders als den Ackervögeln (siehe Krefelder Studie). Bei ihnen ist das Artensterben noch gravierender. Wann haben Sie die Autoscheibe beim Tanken zuletzt von den Insektenresten gereinigt? Auf den allermeisten Feldern wächst neuerdings nur noch eine einzige Pflanze, die Nutzpflanze. Vor der Aussaat schon wird prophylaktisch gespritzt, Wildkräuter haben keine Chance mehr. „Dieser Acker ist für die Insekten so wertvoll wie ein geteilter Parkplatz“ (Telepolis,16.02.2019).

„Von den 189 in Deutschland vorkommenden Tagfaltern stehen z. B. 99 auf der Roten Liste bedrohter Arten“ (SZ,27.03.2019). Auch bei den Insekten liegt der Hauptgrund für den Schwund in der aktuellen Agrarbewirtschaftung.

## **„Deutschland steckt im Gülle-Dilemma“ (SZ,08.04.2019)**

„Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes fällt pro Tag Gülle von fast 27 Millionen Schweinen und gut 12 Millionen Kühen an, das seien 15 000 Tanklasten. Grundwasser, Flüsse und Meere brauchen Schutz“ (taz,08.04.2019). Es ist hinlänglich bekannt, dass durch die Gülle, die Überdüngung zu viel Nitrat sich im Grundwasser, in Flüssen und den Meeren ansammelt. Es ist einfach zu viel Gülle vorhanden. Sie wird hunderte Kilometer durch das Land gekarrt, dorthin wo weniger Tierhaltung ist. Landwirte verdienen Geld, wenn sie überschüssige Gülle abnehmen. „Gülle ist längst Sondermüll und der Güllentourismus zu einem einträglichen Geschäft geworden“ (Greenpeace Nachrichten 01/2019).

„Eine hohe Nitratbelastung des Grundwassers ist besonders in den viehstarken Regionen im Nordwesten ein Problem“ (Telepolis,20.03.2019). Der Nitrat-Grenzwert wird in Niedersachsen an 38% aller Messstellen deutlich überschritten (Grenzwert 50 mg Nitrat pro Liter). Nitrat wird im Körper in giftiges Nitrit und in krebserregende Nitrosamine umgewandelt.

Stark gefährdet sind ebenso die Ostsee und die Bundesländer an der Küste. Nach Auskunft der Bundesregierung wiesen 30 von 45 Gewässerproben in dieser Region einen unbefriedigenden oder schlechten Zustand aus. An manchen Stellen in der Ostsee haben sich durch Überdüngung sauerstoffarme Zonen gebildet, in denen es kaum noch Leben gibt (Zeit 17.01.2019). Sog. Todeszonen!

Auch in Bayern bringen die Bauern so viel Gülle aus, dass in etlichen Regionen viel zu viel Nitrat in das Grundwasser gelangt. „Knapp 40% der Grundwasserströme in Bayern können den EU-Grenzwert nicht mehr einhalten“ (SZ,12.08.2018). Gülle, Pestizide und Medikamentenrückstände müssen unter großem Aufwand herausgefiltert werden. Daher ist der Wasserpreis auch in Bayern seit 2005 um 60% gestiegen (SZ,11.05.2018).

Wegen Untätigkeit hat die EU-Kommission 2016 beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen Deutschland eingereicht, weil die EU-Nitratrichtlinie nicht umgesetzt werde, zu hohe Nährstoffeinträge in die Gewässer gelängen. Fortgesetzte Überdüngung und Verunreinigung von Grundwasser und Gewässern lautet der Vorwurf. Die EU droht sogar mit millionenschweren Bußgeldern. Bisher ist nichts geschehen. Die Agrarlobby verhindert seit Jahren die Reduzierung der Gülle-Ausbringung (taz,30.09.2018). Um die Klage abzuwenden, muss die Bundesregierung eine neue Güllerverordnung erarbeiten. In einem späteren Teil will ich darauf näher eingehen.

In immer mehr Regionen der Weltmeere sinkt wegen Überdüngung der Sauerstoffgehalt auf ein Minimum. Die meisten Lebewesen können dort nicht überleben (Zeit,29.11.2018). Täglich kann man den Medien neue Hiobsbotschaften zum Klima und Artensterben entnehmen. So erst Anfang Juli: „Ein Algenteppich durchzieht den Atlantik. Von Afrika bis zum Golf von Mexiko. Braunalgen breiten sich im Atlantik aus. Forscher vermuten, dass sich die chemische Zusammensetzung der Meere durch Düngemittel verändert hat“ (taz, 05.07.2019). Der weltweit größte Algenteppich!

### **Landwirtschaft und Klima**

Wenige wissen, dass die Landwirtschaft zum Klimawandel ebenfalls einen großen Beitrag leistet. „Auch in der Landwirtschaft verharren die Treibhausgase seit Jahren auf hohem Niveau“ (Greenpeace Magazin,16.04.2019). Laut Umweltbundesamt sind die Emissionen sogar gestiegen. „Die Landwirtschaft ist nach Energie und Verkehr der drittgrößte Verursacher von klimaschädlichen Gasen in Deutschland“ (Agraratlas 2018). Nach einem Bericht der UNO von 2016 ist allein die Massentierhaltung für 18 % aller Treibhausgase weltweit verantwortlich. Davon beträgt der Ausstoß von Methan aus Rindermägen 37 %, das bekanntlich um ein Vielfaches (rund 25-mal) klimaschädlicher als CO<sub>2</sub> ist. Das Umweltbundesamt berichtete, dass 2016 59% der gesamten Methan- und sogar 80% der Lachgasemissionen in Deutschland aus der Landwirtschaft stammten. Lachgas ist sogar rund 200-mal klimaschädlicher als CO<sub>2</sub>. Die Hauptursache für Ammoniak (rund 95%) ist ebenfalls die Landwirtschaft. Ammoniak schädigt die Land- und Wasserökosysteme durch Versauerung.

Insgesamt eine zwiespältige Sache, die industrielle Agrarwirtschaft ist einerseits für die Klimakrise mitverantwortlich, andererseits selber stark davon betroffen.

### **Wir schneiden uns ins eigene Fleisch**

Das Verlangen nach Fleisch ist ungebrochen. Der hohe Fleischkonsum bei uns und die wachsende Nachfrage in den Schwellenländern ist eine der Schlüsselfragen, eine äußerst ruinöse Produktionsart. Seit 2011 sinkt der Konsum bei uns leicht, aber die Fleischproduktion wächst dennoch. Die Überproduktion wird exportiert, vor allem nach China. Dorthin hat sich der Export von Fleisch und Milch verdreifacht. Die Gülle bleibt bei uns. Die Tierbetriebe werden zwar weniger, die Bestände aber mehr. Heute werden 53% allen Pflanzenproteins an Tiere verfüttert (Kontext tv,22.02.2019). Fleisch und Milch liefern nur 18% der benötigten Kalorien, brauchen aber den weitaus größten Anteil aller landwirtschaftlichen Flächen (Portal Energiezukunft). Zudem verursacht die Massentierhaltung große Mengen CO<sub>2</sub>, Methan aus Rindermägen und Lachgas. Die Fleisch- und Sojaimporte aus Südamerika zerstören dort großflächig den Regenwald; der neue Regierungschef in Brasilien will die Zerstörung hemmungslos ausweiten. Große Mengen von Antibiotika werden in der Massentierhaltung eingesetzt, oft schon prophylaktisch. Die Auswirkungen für uns Menschen sind bekannt, die Resistenzen nehmen massiv zu. Auf das Leid und die Zustände in den Mastställen wird stets aufmerksam gemacht. Aktuell in der SZ vom 08.07.2019: Bei einem Großbetrieb im Allgäu mit 1800 Milchkühen sollen seit Jahren die Tierschutzvorschriften eklatant missachtet worden sein. Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt Massentierhaltung ab und ist entsetzt über die Bilder aus den Ställen. Auf billiges Fleisch wollen viele aber trotzdem nicht verzichten.



## Weitere Probleme

Bei Feinstaub denken die meisten an viel befahrene Straßen und Dieselaautos. „Dabei ist die Landwirtschaft einer der größten Verursacher der mikroskopisch kleinen Teilchen, die Lungen, Herz und Kreislauf erheblich schädigen können“ (Monitor,17.01.2019). Feinstaub entsteht unter anderem auch aus Gülle. Hier entweicht Ammoniak, das sich mit Stickoxyden zu Feinstaub verbindet. „Für rund 45% der Feinstaubemissionen ist die Landwirtschaft verantwortlich, sagen Wissenschaftler, deutlich mehr als der Verkehrs- und Energiesektor“ (Monitor,17.01.2019). Eine Studie des Mainzer Max-Planck-Instituts für Chemie sagt, dass in Deutschland pro Jahr nahezu 120 000 Menschen vorzeitig durch Feinstaub sterben (Greenpeace Magazin,18.01.2019).

Die Bodenerosion ist ebenso ein Problem. Wenn auf den riesigen Äckern zwischen den Saatzeilen der Boden zu lange frei bleibt, weil dort wegen der Herbizide nichts wächst, werden Tonnen von Erde viel leichter durch Starkregen ausgewaschen oder vom Wind in längeren Trockenperioden verweht. So verlieren die Böden ihre Humusschicht, die Erträge gehen zurück – die Düngung muss erhöht werden.

Bayreuther Forscher machten erst im März 2019 auf ein neues Phänomen aufmerksam. „In den Böden schlummern bis zu 20-mal mehr Mikroplastik als im Meer“ (Greenpeace Magazin,25.03.2019). Die Forscher wiesen jede Menge Kunststoff auf Ackerflächen nach. Bis zu 900 Kunststoffpartikel fanden sie in einem Kilogramm Erde. Die Hauptquellen sind der Abrieb von Autoreifen, Verluste bei der Abfallentsorgung und die Ausbringung der Rückstände aus den Biogasanlagen bei der Biomüllvergärung.

## EU-Förderung der Landwirtschaft

„Kein anderer Bereich ist in der EU so stark durch gemeinschaftliche Regeln geprägt wie die Landwirtschaft – sie unterliegt der Gemeinsamen Agrarpolitik kurz GA.“ (Agrar Atlas). Vor 60 Jahren wurden erstmals dafür Ziele festgelegt. Hauptziel der GAP bleibt seither die Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen. Eine Förderperiode dauert immer 7 Jahre, zurzeit 2014-2021. Für die nächste Periode 2021-2028 laufen seit dem letzten Jahr die Neuverhandlungen in Brüssel. EU-weit stehen jährlich 58 Milliarden Euro zur Verfügung, das sind 38% des gesamten EU-Budgets.

Die GAP besteht aus zwei Säulen. Die erste Säule verfügt über 75% der 58 Milliarden. Damit werden in Direktzahlungen Flächenprämien ausgezahlt, pro Hektar ca. 270 Euro. Diese Gelder sind an keinerlei Auflagen gebunden, egal wie gewirtschaftet wird. Diese Vorgehensweise wird seit Jahren massiv kritisiert. Zudem gehen 80% dieser Auszahlungen an die 20% der größten Betriebe.

Die zweite Säule umfasst nur den Rest von 25%, nennt sich „Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums“. Daraus werden die Programme für den Öko-Landbau, zur Unterstützung der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten und für andere Umwelt-, Klima- und Naturschutzmaßnahmen finanziert.

Bei den Neuverhandlungen für die nächste Förderperiode sieht es nicht gut aus. Die Kommission will an den Direktzahlungen ohne Auflagen festhalten, unsere zuständige Ministerin Klöckner natürlich ebenso. Bei der zweiten Säule, in der Umwelteleistungen entlohnt werden, soll sogar eine Kürzung erfolgen. Bei der Dramatik der Krisen in der Agrarwirtschaft müsste genau das Gegenteil eintreten: Die Direktzahlungen nur mit Auflagen zur Nachhaltigkeit auszahlen. Die zweite Säule viel stärker gewichten, die Mittel deutlich erhöhen und zum Schwerpunkt der Förderung des Öko-Landbaus verwenden. Fazit zu den Direktzahlungen ohne Auflage: Die EU finanziert damit im Prinzip die negativen Auswirkungen für Umwelt und Natur.

Zu den laufenden Neuverhandlungen ein kurzer Kommentar von Sven Giegold, Grüner im EU-Parlament. „Diese Agrarreform ist eine Absage an die Zukunft. Angesichts von Artensterben, Klimawandel und Massentierhaltung ist die Reform ein Anachronismus auf Kosten der Umwelt. Die schlechten Zustände in der Agrarpolitik werden zementiert, statt den Sektor auf einen nachhaltigen Weg zu bringen. Eine Koalition von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen ist die unheilige Allianz der rückwärtsgewandten Politik. Das Artensterben, ungehemmter Pestizideinsatz, Tierleid und Umweltzerstörung gehen weiter“ (Mail-Giegold ,02.04.2019).

## Versagen der Politik

Alle, denen diese beschriebenen negativen Auswirkungen bekannt und bewusst sind, fordern eine sofortige Agrarreform. Eine Reform, die zu umfassenden Lösungen und grundlegenden Verbesserungen führt. Nägel mit Köpfen sagt der Volksmund. Die Initiative der ÖDP „Agrarwende jetzt“ ist Ausdruck dessen, was wir dringend brauchen. Die Krisen haben ein Ausmaß, eine Intensität erreicht, die Einhalt und Umkehr nur noch durch sofortiges Handeln ermöglichen. Wir erleben seit Jahrzehnten, dass die Politik nicht mehr willens und fähig ist, die lebens- und zukunftsbedrängenden Probleme zu lösen. Die Krisen brauchen eine Wurzelbehandlung. Es geht um die Zukunft der nächsten Generationen, um das Weiterleben auf diesem Planeten. Es wird geschwiegen, verleugnet, auf die lange Bank geschoben, gebremst und verwässert. Kompromisse, denen jede Regierungspartei zustimmen kann, helfen uns da nicht mehr weiter. Man will niemandem weh tun, man schießt immer auf Wählerstimmen. Das häufige Prinzip der Freiwilligkeit hat stets versagt. Die Hinhaltetaktik kommt vor allem aus den konservativen Kreisen, stark von CDU/CSU.

Mit unlauteren Tricks wird versucht, unliebsame Organisationen wie Attac mundtot zu machen. Mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit ist es hier schon halbwegs gelungen. Mit der Deutschen Umwelthilfe wollte man genau so verfahren. Ein Gericht hat der Regierung das untersagt. Tröstlich!

## Fragwürdige Verflechtungen

„Es ist ein dichtes Geflecht aus Politikern, Agrarkonzern-Managern, Bankern und Verbandsfunktionären, das in Brüssel und Berlin maßgeblich mitbestimmt, wie Landwirte arbeiten und was bei Verbrauchern auf den Teller kommt,...“ (Studie des Instituts Arbeit und Wirtschaft an der Uni Bremen, im Auftrag des NABU, (SZ, 02.07.2019).

Demnach ist die Agrarpolitik in Brüssel und Berlin durchsetzt von Abgeordneten, die auch Lobbyisten sind. Entscheidungen und Gesetze werden in der Regel von ihnen beeinflusst und gestaltet (ARD, Gekaufte Agrarpolitik, 24.04.2019).

Im Agrarausschuss der Bundesregierung hat die Hälfte der Mitglieder Kontakt zur Agrarwirtschaft, bekleidet hier Ämter, etliche sind selber Landwirte und beziehen EU-Direktzahlungen, vor allem Mitglieder der CDU/CSU. Der EU-Agrarausschuss ist vergleichbar besetzt. 25 der 46 Mitglieder sind eng mit dem Agrarsektor verbunden. So entscheidet die Mehrheit der Ausschussmitglieder im eigenen Interesse über die Landwirtschaftspolitik (Greenpeace Nachrichten 10/2018 ). Lobbyismus pur!

Die Lobbyismustätigkeit im deutschen und europäischen Agrarausschuss ist der entscheidende Grund, weshalb Umwelt und Natur, Tierwohl, Gewässer- und Klimaschutz bei politischen Entscheidungen meist auf der Strecke bleiben. Die ohnehin schon starke Lobby ist nach der Bremer Studie im Zeitraum 2013-2018 noch professioneller geworden. „Die Forscher legen Verbindungen von mehr als 90 Akteuren und 75 Institutionen offen und kommen auf 560 zum Teil fragwürdigen Verflechtungen“ (SZ, 28.04.2019).

Beispiel Albert Deß, CSU: Seit 1990 im Bundestag, seit 2004 im EU-Parlament, seit 2009 agrarpolitischer Sprecher der Fraktion der EVP, Mitglied im Agrarausschuss seit 2009, wesentlich an Entscheidungen und der Verteilung der Direktzahlungen beteiligt, selber Landwirt, Funktionär im Bauernverband, Vorstandschef der Bayernland-Molkerei, im neuen EU-Parlament nicht mehr vertreten.

Beispiel Johannes Röring, CDU: Vorsitzender des Agrarausschusses im Bundestag, Vorsitzender Westfälisch-Lippischer-Bauernverband, Schweinemastbetrieb, Vorsitzender des DBV-Fachausschusses für Schweinefleisch, aktiv beteiligt an der Ausarbeitung der neuen Düngemittelverordnung, besetzt insgesamt 14 zusätzliche Posten als Interessenvertreter.

Beispiel Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV): Oberster Strippenzieher, besetzt mindestens 18 wichtige Posten in der Agrar- und Finanzwirtschaft und zahlreichen Verbänden, u.a. in den Aufsichtsräten der BayWa AG, Chef des Europäischen Bauernverbandes COPA, Zugang auch zu den Sitzungen aller Agrarminister in Brüssel (Daten der drei Personen, Bremer Studie des NABU).

Beispiel Julia Klöckner, CDU: Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Sie ist eine totale Fehlbesetzung und müsste längst entlassen werden. Einseitig vertritt sie nur die Interessen der Agrarwirtschaft und Agrarindustrie. Nach einem ganzseitigen Interview in der Zeit folgten eine Woche später 12 Leserbriefe (07.03.2019).

„Eines wird dem Leser sichtbar, sie hat kein politisches Konzept für die vielen Probleme in der Landwirtschaft“. Sie kann „außer einem arroganten Auftreten nichts vorweisen, was annähernd darauf hinweist, den Bauern und der Landwirtschaft als Ganzes einen Weg in eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu ebnet.“ „Frau Klöckner hat keine konkrete Vorstellung von Tierwohl, will alle Regelungen bei Freiwilligkeit belassen, ...“ Frau Klöckner wird wie ihre Vorgänger nicht erfolgreich sein, „weil sie sich auf kosmetische Änderungen beschränkt, anstatt das Agrarsystem mutig und konsequent so umzugestalten, dass es im Einklang mit der Natur und dem Wohl der Nutztiere steht.“ „Diese Dame ist eine eklatante Fehlbesetzung.“ „Etwas polemisch würde ich vorschlagen, dass in Zukunft der Bauernverbandspräsident automatisch zum Landwirtschaftsminister ernannt wird. Dann steht wenigstens drauf, was drin ist.“ „Eine Ministerin, die für alles zuständig sein will, aber für nichts Verantwortung übernehmen will. Beim nächsten Interview reicht auch ein Foto.“

### **Zwei typische Beispiele im politischen Geschäft**

Über die Gülle gelangt in Deutschland zu viel Nitrat ins Grundwasser. Die EU-Richtlinie kann so nicht eingehalten werden. Die EU klagte und drohte mit hohen finanziellen Strafen. Der Agrarausschuss hatte den Auftrag, die Düngeverordnung neu zu überarbeiten. Der Experte Prof. Friedhelm Taube von der Uni Kiel war eingeladen. Wie viel Gülle darf auf die Felder? Was brauchen die Pflanzen an Nährstoffen? Taubes Vorschlag: Höchstens 150 kg Gülle pro Hektar sind ausreichend; am Ende einigte sich der Ausschuss dennoch auf 200 kg. Kein Einzelfall! CDU/CSU und SPD stimmten im Bundestag für diese 200 kg. Der EU reicht dieses Gesetz so nicht. Die Drohung einer Strafzahlung besteht weiterhin (ARD, Gekaufte Agrarpolitik)

Als Christian Schmid noch Landwirtschaftsminister war, ging es in Brüssel um das Verbot von Glyphosat. Die deutsche Umweltministerin Hendriks war für das Verbot. Die Regel sagt, in einem solchen Fall muss sich Deutschland der Stimme enthalten. Die Folge wäre ein Verbot gewesen. Schmid jedoch stimmte eigenmächtig für die Verlängerung um 5 Jahre. Konsequenzen für ihn gab es nicht, vom Bauernverband kam dickes Lob.

### **Die Meinung des Volkes und der Betroffenen**

Ginge es nach dem Willen der Bürger, so sähe die Landwirtschaft in der EU in einigen Jahren vermutlich anders aus. Das zeigt eine repräsentative Forsa-Umfrage für den Agrar Atlas. Die Hälfte der Befragten findet, dass Betriebe zusätzlich honoriert werden sollten, wenn sie besondere Leistungen für Umwelt-, Wasser- und Naturschutz erbringen. Drei Viertel finden es außerdem wichtig, dass mittlere und kleinere Betriebe besonders unterstützt werden. 76% bedauern das Höfesterben.

Sogar die Bauern beginnen zu verzweifeln. Noch mehr Gewicht hat die Meinung der bäuerlichen Bevölkerung: Mehr als die Hälfte der Landwirte und Landwirtinnen fühlen sich vom Deutschen Bauernverband schlecht vertreten, sogar mehr als zwei Drittel sind unzufrieden mit dem aktuellen Fördersystem. Und gar 87% würden durchaus mehr für den Umweltschutz tun wollen, müssten aber entsprechend mehr honoriert werden. 91% wünschen sich mehr Förderung für eine tierfreundlichere Viehhaltung, 83% sind für eine umweltfreundlichere Produktion (Forsa-Umfrage im Auftrag des NABU, 24.06.2019). Bauernverband und Politik wollen lieber weitermachen wie bisher.

### **Lernen fürs Leben, fürs Überleben**

Die Zeit drängt, die Situation ist dramatisch. Es gibt Experten, die das Artensterben noch gravierender sehen als den Klimawandel. In allen Bereichen bedarf es größter Anstrengungen. Die gesamte Gesellschaft ist gefordert. Eine zentrale Rolle fällt der Bildung zu, den Schulen, den Universitäten und der Erwachsenenbildung, vom Kind bis zum Greis. Die Medien müssen sich ebenso weitaus mehr einbinden. Es gilt umfassendes Wissen, ausreichende Kenntnisse über Klima und Artensterben zu vermitteln, Hintergründe, Tatsachen und Lösungen aufzuzeigen. Ziel ist es, die Großartigkeit und Schönheit der Natur zu entdecken und so „Ehrfurcht vor dem Leben“ (Albert Schweitzer) zu verinnerlichen.

„Eine Möglichkeit für einen verbesserten Schutz der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft ist eine höhere Wertschätzung landwirtschaftlicher Produkte, die im Bioland-

bau...angebaut werden.“ „Mit einem höheren Kreis wird der Wert dieser Produkte zusätzlich honoriert“ (Stellungnahme der Akademie Leopoldina).

In dieser Stellungnahme sind noch weitergehende Argumente angeführt: Die Abnahme der Biodiversität widerspricht dem Naturschutzrecht, der Verlust einer Art ist irreversibel, die größere Artenvielfalt trägt zu einem erhöhten Erlebnis- und Erholungswert bei, die biologische Vielfalt stellt für viele Menschen auch kulturelle und spirituelle Werte dar, jede Art hat ihren Wert allein darin, dass es sie gibt, ihre Leistung für den Menschen ist zweitrangig und mehr ein Geschenk, dem Verlust von Arten ist auch aus ethischer Sicht entgegenzuwirken. Tragen nicht besonders Christen eine große Verantwortung für Gottes Geschöpfe? „Macht euch die Erde untertan,“ heißt doch nicht: zerstört sie. Der göttliche Auftrag kann nur sein: „Bebauen und bewahren.“

### **Hoffnung: Bayerisches Volksbegehren „Rettet die Bienen“**

Über eine Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes sollen folgende Ziele umgesetzt werden:

Eine bayernweite Vernetzung von Lebensräumen für Tiere schaffen, Hecken, Bäume, kleine Gewässer in der Landschaft erhalten, blühende Randstreifen an allen Bächen und Gräben, die ökologische Landwirtschaft massiv ausbauen, 10% aller Wiesen in Blühwiesen umwandeln, alle staatlichen Flächen pestizidfrei bewirtschaften, Naturschutz als Teil der Ausbildung von Land- und Forstwirten. Beide Seiten müssen gewinnen – Natur und Bauern.

### **Hoffnung: Ökolandbau**

Der Ökolandbau zeigt auf wunderbare Weise, wie Landwirtschaft wieder wirtschaften kann wie in früheren Zeiten: Schonend, nachhaltig, im Einklang mit der Natur. „Gesichert ist ebenfalls, dass extensive Nutzung und Ökolandbau die biologische Vielfalt fördern können...“ (Akademie Leopoldina). Ein besseres Beispiel wie im Ökolandbau die Artenvielfalt von Wildkräutern gedeihen kann, gibt es nicht: In Niederbayern gab es 2018 einen Wettbewerb: Wer hat die meisten Wildkräuter auf seinem Acker? Sieger wurde unser Biolandbauer aus Kelheim mit 53 Wildkräutern auf einem einzigen Acker. Kaum zu glauben, wo doch nebenan eine Wildkräuterwüste liegt. Die grundlegenden Unterschiede zur konventionellen Landwirtschaft sind allen bekannt: Kein chemischer Dünger, keine Gülle, keine Pestizide, Antibiotika nur in Notfällen in Absprache mit dem Tierarzt, achten auf die Fruchtfolge und das Tierwohl, extensive Nutzung, schonender Maschinen- und Geräteeinsatz. Vor allem auch ein lebendiger, fruchtbarer Boden. In einer Hand voll Erde befinden sich Milliarden von Kleinstorganismen, sie bilden Humus und natürliche Nährstoffe. „Der Ökolandbau setzt sich nicht schneller durch, weil sich die negativen Umweltfolgen des konventionellen Landbaus nicht in den Preisen spiegeln“ (Zeit, 31.01.2019).

Die Erträge im Biolandbau sind zwar niedriger und die Preise höher. Die Preisgestaltung müsste gerechterweise umgekehrt sein, Biolebensmittel billiger, konventionelle teurer. Der Markt müsste schlechte, zerstörende Bewirtschaftung höher bepreisen, die gute, schonende entlasten. Das gäbe sicher einen Aufstand im Bauernverband und der Agrarindustrie. Die Kosten der Umweltfolgen zahlen der Steuerzahler und die nächsten Generationen.

Die Nachfrage nach Biolebensmittel steigt erfreulicherweise beständig, Importe müssen helfen. Also brauchen wir mehr Biolandwirte. Momentan werden in Deutschland nur 6,8% der Anbauflächen biologisch genutzt. Vorbild Österreich 21,25% und Schweden 18,30% (SZ, 13.07.2019, Zahlen von 2016). Mit entsprechender Werbung, genügend Hilfe und Förderung bei der Umstellung müssen dringend weitere Biolandwirte gewonnen werden.

### **Hoffnung: Wir selber**

Unter anderem! Leute, kauft aus Überzeugung Biolebensmittel!  
Engagiert Euch in entsprechenden Bewegungen, NGOs und Parteien!

Sepp Stahl

„Die Welt hat genug für die Bedürfnisse aller, aber sie hat nicht genug für die Gier eines Einzigen!“

Mahandas Karamchand Gandhi

## Persönliche Zwischenfrage

Warum stellen uns Schüler und Studenten an den Klimapranger? Haben WIR nicht längst ihre Forderungen gedacht, gesagt, geschrieben, gefordert, diskutiert, auf Tagungen besprochen, sogar individuelle Zeichen gesetzt?

Als ich 1970 als frisch verheirateter Vikar aus den Startlöchern ins erwachsene Leben aufbrach, da war ich voller Hoffnung, diese Welt (zusammen mit anderen Menschen) zu "verbessern", die Kluft zwischen christlichen Bekenntnissen und Taten zu verkleinern. Mit Worten von damals: mehr Demokratie in Politik und Wirtschaft wagen, die Kirche(n) evangelisieren, also politisieren, demokratisieren und reformieren wie seinerseits "an Haupt und Gliedern". Öffentlich verkündeten wir in Amberg: Christen gibt es nicht nur in der CSU, auch bei SPD und FDP. Mit einer katholischen Ordensfrau gründeten wir eine Amnesty-International-Ortsgruppe, einen 3. Weltladen, Kriegsdienstverweigerer begleiten wir und Jugendlichen öffnen wir verrottende kirchliche Häuser. Sie sollen eigenverantwortete Lebensformen erproben dürfen. Wir haben gelernt: das christliche Abendland besitzt nicht den einzig wahren Gott, wir sind nicht die Lehrmeister aller Völker in Sachen Glauben, Wirtschaft, Politik, Leben. Ich entschied u.a.: Ich verweigere die Ordination. Statt dogmatischer Priesterkirche wollten wir 40 Vikare in Bayern eine Kirche des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen werden, rechneten mit Unterstützung der Laien in Kirchenvorständen und Gemeinden. Unsere Vision: mit allen Menschen auf dieser Erde auf Augenhöhe leben, das Leben teilen (= mehr als Almosen geben). Uns Vikaren war klar: Nicht nur unter Universitäts-Talaren muss der Mief von tausend Jahren gründlich gelüftet werden.

Ein halbes Jahrhundert später stelle ich fest: Es hat sich vieles verändert. Uns Alten geht es gut. Wobei ich zugebe, das ist eine Aussage, die Menschen übersieht,

die zum Leben (trotz erfolgreicher Studienabschlüsse) mehrere Billig-Jobs brauchen. Später erwartet sie eine karge Rente, ihre Kinder müssen heute auf bestmögliche Bildung verzichten. Denn: wer soll das bezahlen? Bei uns gibt es wieder Hungernde (Tafeln!), weltweit sowieso (Jean Ziegler beklagt das bissig seit Jahrzehnten). Rohstoffe aus allen Erdteilen werden wie in Kolonialzeiten schonungslos von Konzernen ausgebeutet, die Erde fiebert unüberhörbar laut. Hatte dereinst schon der Club of Rome vor den Grenzen des Wachstums gewarnt, so haben wir, die Eliten der Ersten Welt (wie wir uns selbstbewusst nennen), immer weniger Zeit zum Umsteuern. Aus der jungen Generation klagt es, wir würden ihnen nichts als verbrannte Erde vererben. Seit Monaten stehen auch wir, die Generation der aufsässigen 68er, am Pranger, am Klimapranger.

Haben wir Wasser gepredigt und vom Wein nicht lassen können? Ich befürchte: unsere Kirchen stellen das systematisch gotteslästerlich-sündhafte Zerstören von Gottes wunderbar geschaffenen, wohl einzigartigem Planeten Erde deshalb nicht ernsthaft und konsequent an den Pranger, solange Volks-Kirchen noch ganz gut profitieren von einem Wirtschaftssystem, in dem Gier, Neid, Geiz der entscheidende, geförderte Antrieb allen Handelns ist. Wer sägt gerne den Ast ab, auf dem er seit Jahrzehnten bequem sitzt? Aber was ist denn das für ein Deal? Der Staat schützt unsere Kirchenpründe, Kirchen liefern eine saft- und kraftlos, weil vom lebensspendenden Quell entkernte banale Wortverkündigung. Kirchen geben Gottes Segen zu notfalls "rechtserhaltender Gewalt" (früher Krieg genannt), zu "sozialer Marktwirtschaft", aus der der Gemeinnsinn längst vertrieben ist und zu einer marktkonformen Demokratie (Angela Merkel), die dafür sorgt, dass wir (wer ist was?) auf den Weltmärkten "wettbewerbsfähig" bleiben. So verteidigen wir mit unserer privat-

fromm-unpolitischen Lebensart unser "freiheitliches System" am Hindukusch, in Davos, in Brüssel, in New York und vor Ort und tun das auch noch mit gutem Gewissen, denn letztlich muss es doch "Gott richten".

Meine Freude: Endlich stellen uns Schüler an den Pranger für unser scheinheiliges Handeln. Alternativen zu einer anderen Welt gibt es schon lange, nischenerprobt. Darüber sind viele informiert, handeln persönlich zeichenhaft (z.B. Friedensgebete, z.B. gelegentliche "Gottesdienste mit kritischen Nachdenkimpulsen, z.B. im Weltladen einkaufen), doch "politisch ist es nicht gewollt". Christian Felber, österreichischer Ökonom, macht seit Jahren von sich, seiner Gemeinwohl-Ökonomie, reden. Über sein spirituelles Outing und sein kleines Büchlein "Die innere Stimme", im Publik-Form-Verlag erschienen, haben wir im NETZ-INFO geschrieben.

So gesehen stimmt es: Es ist bereits alles gesagt, vom Papst, von der Genfer Ökumene, auf Kirchentagen und Konferenzen. Wir im ÖNB haben es auch schon gesagt, geschrieben, diskutiert, besprochen.

Was ansteht hat der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker in den 60er Jahren gesagt: Erstmals in der Menschheitsgeschichte müssen wir vor

der nächsten großen und vielleicht für uns Menschen letzten Katastrophe klug werden und umkehren.

Bedeutet: Wir müssen die Angst vor neuen Wegen überwinden! Davor und zuerst: die Angst vor Mächten, Konzernen, Lobbyisten die ihre Macht über den Planeten mit uns nicht freiwillig teilen werden. Ich hoffe: In der jungen Generation schlummert noch die Power uns mitzureißen auf dem Weg zu einer besseren Welt.

PS.: Auch Reinhard Loske mag so ein Hoffnungsträger sein. Er ist der neue Präsident der Cusanus-Hochschule in Bernkastel-Kues, der sich dafür einsetzt, "dass der für jede Gesellschaft so essentielle Gemeinwohl wieder systematisch in das Wirtschaftsleben und vor allem in die Wirtschaftslehre integriert wird". Die Propagierer der heute herrschenden Lehre einer ausschließlich gewinnmaximierenden Wirtschaft sind bekannt: Es begann schon mit Bernhard de Mandeville 1705, der meint, dass nur Laster und nicht Tugenden eine Gesellschaft voranbringen. Im 20. Jahrhundert setzt sich diese Theorie mit Friedrich August von Hayek und Milton Friedman durch. Tony Blair, Maggie Thatcher, Gerhard Schröder in Deutschland sind die politischen Umsetzer solcher Theorien.

Hans-Jörg Schmid

Zitate:

"Vieles ist töricht an eurer sogenannten Zivilisation . . . Die ganze Zeit redet ihr von einer besseren Welt, während ihr immer größere Bomben baut."

Tatanga Mani, Stoney-Indianer

"Manch Reicher, der sich wenig mühte,  
bracht sein Geschäft zu hoher Blüte.  
Indes mit Sense und mit Schaufel  
gar mancher fleißige arme Teufel

Bernhard de Mandeville, niederländischer Arzt und Sozialtheoretiker, 1705 n. Chr.

bei seiner Arbeit schwitzend stand,  
damit er was zu knabbern fand."  
„Wie hat´s ein solches Land doch gut,  
wo Macht ganz auf Verbrechen ruht."

### **Carsharing verzögert**

Verkehrsminister Scheuer verzögert, wie der Spiegel vom 23.3.19 meldet, den Start des Carsharings in den deutschen Städten. „Obwohl das Inkrafttreten des Carsharing-Gesetzes schon anderthalb Jahre zurückliegt und die Branche boomt, fehlt das nötige Parkschild in der Straßenverkehrsordnung. Die Anbieter des Services warten händeringend darauf, vor allem in Großstädten die Verkehrszeichen aufhängen zu können.“ – Vermutlich hat Herr Scheuer schlicht keine Zeit für die Entwicklung dieses Verkehrszeichens; im letzten Jahr hat er sich immerhin 15 mal mit den Vertretern der Auto-Hersteller getroffen und keinmal mit Vertretern des Umweltschutzes!



Eine ökumenische Begleitperson begleitet einen Hirten ins Jordantal, Oktober 2018. Foto: Albin Hillert/ÖRK

**Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) verurteilt Antisemitismus ausdrücklich und kategorisch. Der ÖRK erachtet Antisemitismus als unvereinbar mit dem Bekenntnis zum christlichen Glauben und der Ausübung dieses Glaubens und versteht ihn als Sünde gegen Gott und die Menschheit. Erst kürzlich haben wir diese Verurteilung als Reaktion auf den tragischen Anschlag auf die Tree of Life-Synagoge in Pittsburgh (USA) am 27. Oktober 2018 wiederholt und erneut bekräftigt. Dieser Anschlag war „ein furchtbarer Angriff gegen unser aller Menschsein“.**

Der ÖRK würde eine ausreichend präzise und ausreichend weit anerkannte Definition von Antisemitismus begrüßen, um Fälle von verurteilenswertem Hass gegen Jüdinnen und Juden aufgrund ihres Jüdischseins klar bestimmen und benennen zu können und gleichzeitig legitime Kritik an den Handlungen Einzelner, Gruppen oder der israelischen Regierung davor schützen zu können, fälschlicherweise als „antisemitisch“ bezeichnet zu werden. Die von der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken (International Holocaust Remembrance Alliance – IHRA) vorgeschlagene Definition ist für diesen Zweck jedoch leider wenig hilfreich. Die schwammige und inklusive Formulierung hilft leider eher jenen Personen und Instanzen, die jede Art von Kritik an der Politik der israelischen Regierung als antisemitisch motiviert darstellen

### **Ökumenischer Rat präzisiert Reaktion auf anhaltende Antisemitismusrwürfe**

wollen...

Der ÖRK fühlt sich weiterhin verpflichtet, seine Mitgliedskirchen, die palästinensischen Christinnen und Christen und all jene, die nach einem gerechten Frieden für beide Völker in der Region streben, der auf für alle geltenden Menschenrechten und der Würde aller Menschen in der Region aufbaut, zu begleiten und zu unterstützen. Wir können den Missbrauch einer

Antisemitismus-Definition, der zum Ziel oder zur Folge hat, diese Vision zu untergraben oder auszuschließen, nicht hinnehmen.

Der ÖRK hat das Existenzrecht des Staates Israel innerhalb der international anerkannten Grenzen, mit uneingeschränkter Souveränität und ohne jede Gewaltandrohung seit Langem immer wieder bekräftigt – und möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, dies auch an dieser Stelle noch einmal zu tun. Wir lehnen kategorisch jegliche Gewalt aufgrund von religiöser, ethnischer, rassistischer Zugehörigkeit oder jedes anderen Aspektes der Identität oder Gruppenzugehörigkeit einer Person ab. Eingedenk der Situation der palästinensischen Christinnen und Christen bekräftigt der ÖRK aber gleichermaßen das Recht des palästinensischen Volkes, ohne militärische Besatzung leben zu können, ihr Recht auf Selbstbestimmung in ihrem eigenen Staat neben Israel und ihr Recht, ein Leben in Frieden führen zu können. In dem Maße, in dem eine bestimmte Politik oder bestimmte Praktiken der israelischen Regierung die Verwirklichung dieser Rechte erschwert oder verhindert, werden wir auch weiterhin unserer Kritik an derartiger Politik und derartigen Praktiken Ausdruck verleihen.

Wie bereits in unserer [früheren Reaktion auf den kürzlich veröffentlichten Bericht von NGO Monitor](#) vom 14. Januar 2019 erklärt, erwartet der ÖRK von **allen** Ländern, dass sie die internationalen Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und humanitäre Grundsätze einhalten und anwenden. Hier greifen wir Israel nicht besonders heraus. Viele Länder kommen ihren Verpflichtungen und Obliegenheiten nicht nach. Aber nach mehr als 50 Jahren militärischer Besatzung und weil die Hoffnung des palästinensischen Volkes auf die Umsetzung der Zweistaatenlösung angesichts der anhaltenden Besatzung und dem Fehlen internationalen Engagements schwindet, **ist** die Situation in der Region – tragischerweise – einzigartig und sie berührt die Seele all jener Menschen, für die das Heilige Land Quelle und Ursprung ihres Glaubens ist, und ein „Licht der Völker“. Wir sind der festen Überzeugung, dass *weder* das Streben nach einem gerechten Frieden für beide Völker im Heiligen Land *noch* der anhaltende Kampf gegen das Gift des Antisemitismus dadurch vorangebracht wird, dass die Kritik an einer bestimmten Politik und bestimmten Maßnahmen der israelischen Regierung fälschlicherweise als „antisemitisch“ dargestellt wird. Im Gegenteil.

(„NGO Monitor“, 29. Januar 2019, *Deutsche Fassung veröffentlicht am*: 31. Januar 2019)

## Landesbischof Bedford-Strohm ausgezeichnet

Die Stadt Palermo hat Landesbischof Bedford-Strohm die Ehrenbürgerwürde verliehen. „Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung, weil sie mir von einem Kämpfer für Humanität, Recht und Ordnung verliehen worden ist,“ sagte der Geehrte. Der Bürgermeister der sizilianischen Stadt hatte mitgeteilt, er wollte Bedford-Strohm und die private Seenotrettungs-Organisation „Sea-Watch 3“ auszeichnen. Anfang Juni hatte der Vorsitzende der EKD Lampedusa und Palermo besucht, um auf das Problem der Kriminalisierung der Seenotretter im Mittelmeer hinzuweisen.

(epd)

## Kirche lehnt die Widerspruchslösung ab

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) lehnt eine Widerspruchsregelung bei der Organspende, wie Gesundheitsminister Jens Spahn sie vorgeschlagen hat, ab. Der Bevollmächtigte beim Bund und bei der EU, Martin Dutzmann, sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd), eine Organspende sei eine Tat der Nächstenliebe, aber „der Charakter einer Spende“ setze „die aktive Zustimmung des oder der Spendenden voraus.“

(Quelle: zeitzeichen 5/2019)



## Verlogen und heuchlerisch

Mit sehr scharfen Worten kritisierte Papst Franziskus Staaten, die vorgäben, sich um Frieden zu bemühen, zugleich aber Waffen exportieren. Er nannte sie verlogen. Der „Zorn Gottes“ werde sich einst gegen die richten, die in solchen Ländern politisch verantwortlich seien und „über Frieden sprechen und Waffen für diese Kriege verkaufen“. Außerdem warf er europäischen Staaten Heuchelei vor, deren Häfen für Bootsflüchtlinge gesperrt würden, aber nicht für Schiffe mit Massenvernichtungswaffen. (epd)

### Aus unserem Verein

#### Zur Vereinsstruktur des ÖNB

Weil immer wieder Fragen nach der Struktur des Vereins des Ökumenischen Netzes Bayern (ÖNB) aufkommen, hat der Vorstand mich gebeten, eine kurze Klarstellung zu versuchen: Das ÖNB entstand als Reaktion auf einen Aufruf des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) im Jahr 1983, der etwa besagte: Die gravierenden Probleme der Welt lassen sich nicht lösen, wenn sie isoliert betrachtet werden. Vielmehr gilt es, sie in ihrem inneren Zusammenhang zu erkennen. Beispiele: Der Hunger in der Welt hängt häufig mit krasser Ungerechtigkeit zusammen, und Kriege entstehen immer wieder, weil Hunger und ungerechte Strukturen herrschen. Die Erhaltung der Schöpfung wird zunehmend durch kapitalistische Wirtschaftsformen beeinträchtigt. Solche Themen müssen in einem „Konziliaren Prozess“ bearbeitet werden, sonst gibt es keine Lösungen.

Der Impuls zum Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung löste eine weltweite Bewegung aus, auch in Bayern: Es entstanden zahlreiche Gruppen, aber auch sehr viele Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer suchten Anschluss an andere Engagierte. In Ökumenischen Netzen schlossen sie sich mit anderen zusammen. So entstand auch das ÖNB, das wichtige Impulse von sog. Ökumenischen Versammlungen (Regensburg, Basel und andere) erhielt.

Zunächst waren diese Zusammenschlüsse reine Interessengemeinschaften. Diese fingen aber bald an, sich Strukturen zu geben: Eine Satzung wurde erarbeitet und der „Trägerverein Ökumenisches Netz Bayern“ gegründet, dem entspr. der Satzung Allgemeingültigkeit zuerkannt wurde und wird. Er ist das rechtliche Gerüst des ÖNB, ein „Träger-Verein“ eben. Mitgliederversammlungen (MVs), die wenigstens jährlich tagen, sind das oberste Gremium dieses Vereins. Ihre Beschlüsse müssen sorgfältig protokolliert und in bestimmten Abständen dem Finanzamt vorgelegt werden. Dieses prüft, ob das ÖNB in seinen Aktionen der Satzung entspricht und verlängert gegebenenfalls die Erlaubnis zur Gemeinnützigkeit. Jede Person, die sich dem ÖNB zugehörig fühlt, kann den Antrag auf Mitgliedschaft dieses Trägervereins stellen. Bei den MVs ist die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte der Mitglieder nötig. Die MV legt fest, ob finanzielle Mitgliedsbeiträge erhoben werden sollen. Augenblickliche Rechtslage: Das ÖNB finanziert sich nur aus Spenden (oder Zuschüssen). Wer dem ÖNB eine Spende zukommen lässt (Richtsatz: Jährlich wenigstens 20 Euro für Einzelpersonen, 50 Euro für Gruppen und Institutionen), wird in der Kartei als Mitglied geführt.

Die MV wählt den Vorstand: einen/eine Vorsitzende/n, eine/n Stellvertreter/in und eine/n Kassier/erin, die ebenfalls jährliche Rechenschaftsberichte vorlegen.

Für die Zwischenzeiten zwischen den MVs hat der Vorstand eine Arbeitsform entwickelt: Den Ständigen Ausschuss (STAU). Er ist ein lockeres Gremium, das die inhaltlichen Anliegen des Konziliaren Prozesses diskutiert, Arbeitsgruppen bilden und Vorschläge für die MVs machen kann. Weitere Arbeitsformen: Studientage zu Themen des Konz. Prozesses. Infohefte als inhaltliche Informationen und Diskussionsplattformen. Der STAU hält Kontakt zu benachbarten Gruppen und Vereinen, z. B. zu Ökumenischen Netzen in anderen Landeskirchen oder zu relevanten Tagungen und Gremien in und außerhalb Bayerns. Leitend ist der Gedanke der inhaltlichen Vernetzung.

HHW

### **Alles könnte anders sein - Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen**

**Harald Welzer**

Heute glaubt niemand mehr, dass es unseren Kindern mal besser gehen wird. Muss das so sein? Muss es nicht! Der deutsche Soziologe und Zukunftsarchitekt Harald Welzer entwirft uns eine gute, eine mögliche Zukunft. Anstatt nur zu kritisieren oder zu lamentieren, macht er sich Gedanken, wie eine gute Zukunft aussehen könnte.

Fischer Verlags GmbH, 2019, 320 Seiten

ISBN 978-3-10-397401-0

### **WIR SIND DRAN - Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen Club of Rome: Der große Bericht**

**Ernst Ulrich von Weizsäcker, Anders Wijkman u. a.**

"Die wissenschaftliche Aussage ist klar: Die Welt geht rasch auf eine soziale Transformation zur globalen Nachhaltigkeit zu. Der Menschheit einzige Chance, im 21. Jahrhundert zu prosperieren, liegt darin, dies im sicheren Rahmen der planetaren Grenzen zu tun. Dieser neue Club-of-Rome-Bericht ist eine kritische und voll aktuelle Analyse der Zwänge, Chancen und Nutzen einer weltweiten Wende zur Nachhaltigkeit. Ein Buch, das wir alle brauchen."

Gütersloher Verlagshaus, 2017, 400 Seiten

Prof. Johann Röckström

### **Die Frage nach dem Ganzen**

#### **Festschrift zum 25jährigen Bestehens des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar.**

Die schier endlosen Leiden von Menschen in sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Krisen weltweit können nur begriffen werden, wenn sie im Zusammenhang des Ganzen der kapitalistischen Gesellschaft gesehen werden. Ohne die Erkenntnis dieses Zusammenhangs kann es auch keine Alternative geben.

16 Texte, 384 Seiten. Bestellung beim Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar:

info@oekumenisches-netz.de

Und was bringen wir unseren Kindern  
In der Schule bei?  
Dass zwei mal zwei vier ist  
und Paris die Hauptstadt Frankreichs.  
Wann wird man sie lehren,  
was sie selbst sind?  
Jedem dieser Kinder sollte man sagen:  
Weißt du auch, was du bist?  
Du bist ein Wunder!  
Du bist einmalig!  
Auf der ganzen Welt gibt es kein zweites Kind,  
das genauso ist wie du.  
Und Millionen von Jahren sind vergangen,  
ohne dass es je ein Kind gegeben hätte wie dich.  
Schau deinen Körper an, welch ein Wunder!  
Deine Beine, deine Arme,  
deine geschickten Finger, deinen Gang.  
Aus die kann ein Shakespeare werden,  
ein Michelangelo, ein Beethoven.  
Es gibt nichts, was du nicht werden könntest.  
Jawohl, du bist ein Wunder.  
Und wenn du erwachsen sein wirst,  
kannst du dann einem anderen wehe tun,  
der, wie du selbst, auch ein Wunder ist?

Pablo Casals, der berühmte Cellist